

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Aftoldi/FIBL, Schweiz

Boden in bäuerliche Hand!

Boden

Landgrabbing, Flächenkonkurrenz durch Biomasseanbau, außerlandwirtschaftliche Investoren – die Auseinandersetzungen um Grund und Boden bedrohen bäuerliche Landwirtschaft. Die Gegenbewegung im Kommentar und im Schwerpunkt auf den **Seiten 2 und 11-13**.

Agrarpolitik

Im EU-Parlament sind die Würfel gefallen für richtige Weichenstellungen – aber zu zaghaft in Richtung bäuerlich, sozial und ökologisch. Aber nach der Agrarreform in Brüssel ist vor der Agrarreform in den Nationalstaaten. Aktuelles dazu auf den **Seiten 4 und 5**.

Tierhaltung

Tierwohldebatten und überbelegte Hühnerställe bewegen die Gesellschaft. Nicht nur die konventionellen Betriebe sondern auch Verbände des Ökolandbaus müssen sich positionieren und die richtigen Weichenstellungen vornehmen auf den **Seiten 10, 16 und 17**.

Die Seite 3

Tuberkulose - Eine Geißel der Rinderbestände 3

Agrarpolitik

Grundsatz der EU-Agrarreform kommt durch..... 4

Kürzung oben, Aufschlag unten 5

Milch

Statt zu wachsen auf Haltung setzen..... 6

Bewegung

Vom Acker in den Futtertrog 7

Nachbaugebühren in Debatten 8

Tempo zusammen gestalten statt wettlaufen 14

Hofportrait „Die Menschen begreifen, was Vielfalt kostet!“ . 20

Tierhaltung

„Ist es dies kleine Stück Schweineschwanz wert?“ 10

Schwerpunkt

Land in Sicht 11

Bodenmarkt gestalten 12

Bodenfruchtbarkeit als größtes Kapital 13

Nicht mehr geerdet 13

Nachbau

Nachbaufähiges Saatgut unterstützen 15

Ökolandbau

Bio-bäuerlich oder gar nicht! 16

Naturland baut um 17

Gentechnik

Teuer und totalitär 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Jan Wendel und Hubertus Hartmann, Seite 9; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Der Bodenmarkt ist umkämpft wie nie zuvor. Das hat enorme Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Nutzflächen für bäuerliche Betriebe. Die massiven Preissteigerungen machen es derzeit kaum möglich, das für die rentable Bewirtschaftung oder den Aufbau eines landwirtschaftlichen Betriebes dringend benötigte Land zu erwerben. Dies ist Ausdruck einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Situation auf dem Bodenmarkt in Deutschland.

Der Ausverkauf des Bodens findet jedoch nicht nur in Deutschland statt. Weltweit ist der Boden zum Spekulationsobjekt geworden. Und überall entstehen kritische Initiativen, Bewegungen und Proteste gegen die Bedrohungen von Landraub durch große Konzerne, dem „Land Grabbing“. Sie wollen solche Entwicklungen aufhalten, die lokalen Bäuerinnen und Bauern ihre Existenzgrundlage kostet und fordern eine gerechte Umverteilung des Landes.



Foto: Eckstein

Kommentar

Bodenrecht überarbeiten!

Sowohl die im vergangenen Jahr von den Vereinten Nationen beschlossenen „Freiwilligen Leitlinien gegen Landraub“ als auch der Weltagrарbericht zeigen Wege auf, wie der „globalen Jagd nach Land“ Einhalt geboten werden kann. Ganz wichtig ist demnach die Unterstützung und Ein-

beziehung regionaler kleinbäuerlicher Strukturen.

Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen verschiedener Vereinigungen, der Fehlentwicklung auf dem eigenen Bodenmarkt entgegenzutreten. Ende letzten Jahres thematisierte z.B. eine Aktion in Thüringen die Bodenpolitik der Kirche: Bauern schlugen bei der Synode der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands 10 Thesen an das Tor der Erfurter Michaeliskirche. Sie kritisierten damit insbesondere die Kriterien der Vergabepraxis bei der Verpachtung von Kirchenflächen, die zurzeit eine Stützung der agrarindustriellen Großbetriebe und eine Ausgrenzung der Bauern bewirkt. Gerade die großen Flächeneigentümer wie der Bund, das Land, die Gemeinden und die Kirche sind verpflichtet, ihre Verantwortung für den Erhalt des Bodens und einer für den ländlichen Raum notwendigen vielgestaltigen Agrarstruktur wahrzunehmen.

Mittlerweile greift auch die Presse das Thema verstärkt auf. So hat beispielsweise *Deutschlandradio Kultur* umfangreich zur Bodenpolitik recherchiert und am 25.3. zwei kritische Beiträge gesendet, die im Internet nachzulesen und -zuhören sind.

Doch wie können die Preissteigerungen eingedämmt werden? Der Bodenmarkt würde entlastet, wenn Agrarsubventionen und staatliche Anreizsysteme wie die Förderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz wettbewerbsneutral ausgestaltet werden. Der Abbau preistreibender Effekte durch außerlandwirtschaftliche und agrarindustrielle Investoren ist dringend notwendig und eine Reform des Bodenrechts längst überfällig. In Ostdeutschland sollte die Privatisierung der historisch bedingten staatlichen Flächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft BVVG ausgesetzt werden, bis sich die Bodenpreise normalisiert haben. Dies würde den Kaufdruck reduzieren und die sowieso schon durch die bisherige Vergabepraxis benachteiligten bäuerlichen Betriebe entlasten.

Es ist Sache der zuständigen Landesgesetzgeber, der Bodenpolitik eine andere Richtung zu geben. Allerdings spricht auch einiges dafür, dieses wichtige Thema nicht landespolitisch entscheiden zu lassen, sondern ein einheitliches Bodenrecht zu schaffen, in dem der Grundstücksverkehr transparent, nachvollziehbar, überprüfbar und im Sinne einer bäuerlich vielfältigen Agrarstruktur gestaltet wird.

*Daniela Kersten,
Rechtsanwältin für Bodenrecht und Sprecherin der AbL Thüringen*

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Tuberkulose – Eine Geißel der Rinderbestände

Viele gesperrte Betriebe, fast keine positiven Funde. Gibt es wirklich einen Seuchenzug?

Im Landkreis Ostallgäu werden flächendeckend alle Rinderbestände auf TBC untersucht. Mit gravierenden Auswirkungen für die betroffenen Betriebe. Derzeit sind 198 Betriebe gesperrt und bereits über 530 Tiere getötet worden. Offiziell als ausgebrochen gilt die TBC erst dann, wenn der Erreger mikrobiologisch im Labor nachgewiesen ist. Aufgrund der klinischen Tests, die allerdings erst nach der Keulung stattfinden können und mehrere Wochen dauern, wurden bisher 25 Betriebe gesperrt. Nur in diesen Fällen wird von einem TBC-Ausbruch gesprochen. Trotz der wenigen endgültigen Nachweise durch die „diagnostische Tötung“ sprechen die Behörden von einem massiven Seuchenzug, den es zu stoppen gilt. Die Behörden gehen davon aus, dass sich die Rinder während der Sommerung auf der Alm bei Rotwild infiziert haben. Viele Bauern fühlen sich von den Behörden überrumpelt und mit den Konsequenzen der Hofsperrung alleingelassen. Die Molkereien verschärfen die Situation der Bauern zusätzlich, wenn sie sich weigern, die Milch von betroffenen Betrieben abzuholen sobald diese wieder freigegeben ist. Auch wenn sich die Bauern mit der Unterstützung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter schnell organisiert haben und rechtlichen Beistand organisierten müssen die betroffenen Betriebe den bis zu 16-wöchigen Verdienstaufschlag allein verkraften.

Schon lange bekannt

„Eine schlimme Geißel unserer Rinderbestände ist die Tuberkulose, die auch unter dem Namen Perlsucht, Knötchensucht oder Auszehrung bekannt ist. Sie ist leider in Deutschland noch außerordentlich stark verbreitet“, so steht es im Buch des Bauern von 1954. Wenige Jahre zuvor, 1952, hatte man in Westdeutschland ein freiwilliges Bekämpfungsverfahren eingeführt, das aufgrund von Ausmerzungsbeihilfen von staatlicher und privater Seite schnell Wirkung zeigte. 1961 betrug der Anteil an amtlich tuberkulosefreien Rinderbeständen in der Bundesrepublik 99,7 Prozent. Nach Definition der EU müssen 99,9 Prozent der Rinderherden seit zehn Jahren frei von Rindertuberkulose sein und in höchstens 0,1 Prozent der Bestände jährlich infizierte Tiere entdeckt werden, damit der Status Tuberkulosefrei verge-

ben wird. Erreicht hatte Deutschland diesen Status im Jahr 1996. Seit dieser Zeit gibt es keine Rechtsgrundlage für flächendeckende Bestandsuntersuchungen mehr.

Ein Hauttest

Der Nachweis der Tuberkulose erfolgt mittels eines Hauttests. Dem zu untersuchenden Tier wird Tuberkulin, eine aus dem Erreger *Mycobacterium bovis* durch Abtötung gewonnene Substanz, unter die Haut gespritzt. 72 Stunden später sollen die Veränderungen der Hautdicke an der Injektionsstelle Auskunft über eine mögliche Erkrankung geben. Neben dem eindeutig positiven und dem eindeutig negativen Befund gibt es allerdings auch den Zustand „fraglich“. Unterschieden wird zwischen einer einfachen und einer simultanen Tuberkulinreaktion. Bei der einfachen Tuberkulinreaktion, die zu Beginn der Untersuchungen auch im Oberallgäu angewendet wurde, wird an

des Rinderkörpers, „entweder auf einer Körperseite (eines weiter oben, das andere weiter unten) oder aber rechts und links an einander entsprechenden Stellen“ aus *M. bovis* sowie aus *M. avium* gewonnenes Tuberkulin injiziert. Das Ablesen der Reaktion erfolgt nach 3 bis vier mal 24 Stunden. Das Ergebnis errechnet sich aus der Differenz der beiden Reaktionen. Ein auch von Seiten der Behörden eingeräumtes Manko der Untersuchungsweise: Das injizierte Tuberkulin ist aus *M. bovis* gewonnen. Die bei den infizierten Rindern gefundenen Erreger sind aber vom Typ *M. caprae*. Nach Informationen der Rechtsanwaltspraxis Schneider und Kollegen werden die positiven Tuberkulintests nur in 67 Prozent der Fälle auch durch die nach der Tötung durchgeführte PCR bestätigt. Andererseits sei man in der Schweiz davon ausgegangen, dass der Test bis zu 20 Prozent der positiven Tiere nicht findet. Dennoch gehen die zuständigen Veterinärbehörden sowie das Landesamt

fähig sofern sie pasteurisiert wird. Dennoch weigern sich viele Molkereien, die Milch dieser Betrieb einer regulären Verarbeitung zuzuführen, da sie befürchten, dies habe negative Auswirkungen auf ihren Absatz. Die Milch der betroffenen Höfe wird derzeit zentral erfasst und zu Butter und Milchpulver verarbeitet. Obwohl die Milch verarbeitet wird, bekommen die Betriebe kein Milchgeld. Bisher werden sie mit 80 Prozent des Nettomilchgelds aus dem Milchfond entschädigt. Eine freiwillige Zahlung weiterer 20 Prozent durch die Molkereiindustrie war von dieser zwar angekündigt worden, hat aber bisher nicht stattgefunden. In jedem Fall müssen die Landwirte aber auf die Mehrwertsteuer verzichten.

Untersuchungskaskade

Nach sechs Wochen werden auf den gesperrten Betrieben alle Rinder nochmals per Simultantest untersucht. Wenn keine Fehler gemacht wurden, kann die Sperrung der Betriebe, nach Auskunft des Landratsamts Oberallgäu, nach acht Wochen wieder aufgehoben sein. Voraussetzung ist, dass die Nachtstellung negativ ausfällt.

Der richtige Weg?

Von Seiten des bayrischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) gibt sich dessen Sprecherin, Frau Schuller, optimistisch. Ziel sei es, wieder einen Zustand zu bekommen, in dem man als Tuberkulosefrei gelte. Aktuell beschränken sich die wenigen Funde auf den Landkreis Oberallgäu. Hier findet derzeit eine flächendeckende Untersuchung aller Rinder statt. Nach Einschätzung von Rechtsanwalt Gregor J. Schneider, eine zumindest fragwürdige Interpretation



Deutschland galt als tuberkulosefrei, bis die Veterinäre zu suchen begannen. Foto: Gleiberg/wikipediacommons

einer Stelle das aus *Mycobacterium bovis* gewonnene Tuberkulin injiziert. Sobald der Hautdickenzuwachs über 2 mm liegt und klinische Erscheinungen vorliegen (Schmerz, teigige Konsistenz, Nekrosen an der Injektionsstelle und weitere mehr) ist das Ergebnis positiv. Eine positives Ergebnis kann bei diesem Test, unter anderem, auch durch eine Paratuberkulose hervorgerufen werden. Wegen der hohen Fehlerwahrscheinlichkeit sowie der langen Wartezeiten der Folgeuntersuchungen, setzt man inzwischen den Simultantest ein, der positive Befunde aufgrund von Paratuberkulose ausschließt. Hierbei wird an zwei Stellen

für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) davon aus, dass der Test, wenn er ordnungsgemäß durchgeführt wird, gute Ergebnisse liefert. Bäuerinnen und Bauern fühlen sich durch die Untersuchung sowie die Interpretation der Ergebnisse massiv in ihrer Freiheit als selbstständige Tierhalter bedroht.

Hofsperrung

Wenn ein Tier positiv getestet ist, wird der Hof unmittelbar gesperrt, auch die Milch ist bis zur Merzung der betroffenen Tiere nicht mehr verkehrsfähig. Sobald die infizierten Tiere jedoch vom Hof sind ist die Milch wieder verkehrs-

der Rechtslage, die nur Untersuchungen an Schlachtkörpern vorsieht. Demnächst sollen jedoch in elf weiteren alpennahen Landkreisen noch 1.000 sowie weitere 300 Rinder in den restlichen bayrischen Landkreisen auf TBC getestet werden. Die Behörden versprechen sich hiervon, die aktuelle TBC-Situation besser einschätzen zu können. Sollte die TBC-Situation in den anderen Landkreisen ähnlich dramatisch sein wie im Oberallgäu, dann, so Dr. Seufferlein vom Verband der Milcherzeuger Bayern, der den Milchförderfond verwaltet, käme dieser an seine Grenzen.

Grundsatz der EU-Agrarreform kommt durch

Parlament und Rat bestätigen Ansatz, wollen Greening aber im Detail aushebeln

Im März haben zuerst das Europäische Parlament und dann auch der EU-Rat der Agrarminister jeweils ihre Verhandlungsposition zur aktuellen Reform der europäischen Agrarpolitik festgelegt. Parlament und Rat haben den Reform-Ansatz der EU-Kommission dabei fast vollständig bestätigt, versuchen aber gleichzeitig, mit einer Vielzahl an nationalen Sonderregeln und Ausnahmen, die Wirksamkeit der Reform in der Praxis zu verflüchtigen. So haben Frau Aigner und ihre Ministerkollegen allein die Greening-Vorschriften auf mehr als das Dreifache aufgebläht. Bürokratie soll blühen, mehr nicht.

Im Folgenden geben wir eine Übersicht über die Positionen von Kommission, Parlament und Rat zum Greening und auf der nächsten Seite zu Maßnahmen für eine ausgewogenere Verteilung der Zahlungen. In der nächsten Ausgabe beleuchten wir den Stand zur Marktordnung und zur zweiten Säule (Ländliche Entwicklung).

Greening

Allen Widerständen, insbesondere des Bundesministeriums und des Deutschen Bauernverbandes, zum Trotz kommt das Greening. 30 Prozent der Direktzahlungen werden direkt daran gebunden, dass die Betriebe auf ihrer gesamten Betriebsfläche drei Mindeststandards einhalten: eine Mindestzahl an Fruchtarten auf dem Acker, den Erhalt des Dauergrünlandes und eine „Nutzung im Umweltinteresse“ auf einem bestimmten Prozentsatz der betrieblichen Ackerfläche. Wer das zwei Jahre hintereinander nicht einhält, dem werden auch mehr als die 30 Prozent gekürzt. Weil sich die Nichteinhaltung betriebswirtschaftlich für so gut wie keinen Betrieb lohnen wird, wird das Greening faktisch für alle verbindlich.

Fruchtarten-Vielfalt

Eine echte Fruchtfolge wollen Kommission, Parlament und Rat bisher nicht. Die Betriebe müssen auf der Summe ihrer Ackerflächen lediglich mehr als eine Frucht anbauen, wenn sie eine Mindesthektarzahl Acker haben. Die Kommission hat als Mindestzahl 3 ha Ackerland vorgeschlagen, das Parlament will hier 10 ha und der Rat, tja, der Rat macht es kompliziert. Die Minister sagen zwar auch 10 ha, aber nehmen alle Betriebe aus, die auf 75 Prozent ihrer Betriebsflächen Grünland haben, Gras anbauen oder an „gleichwertigen“ Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule teilnehmen. Bei einem 2.000 ha-Betrieb mit 1.500 ha Grünland heißt das also, er kann die rest-

lichen 500 ha mit Mais-Monokultur nutzen – wenn es so kommt, wie Ministerin Aigner und ihre KollegInnen es wollen. Man darf gespannt sein, ob die EU-Kommission und die juristischen Dienste das so mitmachen.

Wie viele Kulturen sollen es sein? Die Kommission will mindestens drei verschiedene Kulturen, Parlament und Rat sagen: zwei Kulturen für Betriebe mit 10-30 ha Ackerland, drei Kulturen bei über 30 ha Acker.

Wie viel Anteil darf eine Kultur maximal haben? Die Kommission ist mit 70 Prozent schon zu hoch reingegangen, Parlament und Rat wollen sogar 75 Prozent (und das Parlament sogar 80 Prozent für Betriebe unter 30 ha Ackerland).

Ein Mindestanteil Leguminosen in der Fruchtfolge, wie ihn die AbL fordert, fehlt bei allen drei EU-Institutionen.

Dauergrünland

Zum Erhalt von Dauergrünland (Wiesen und Weiden, die mindestens fünf Jahre nicht Acker waren) will die EU-Kommission nun jeden einzelnen Betrieb verpflichten, nicht mehr nur die Mitgliedstaaten. Das Parlament hat widersprüchliche Beschlüsse gefasst, meint aber wohl, dass nicht die Einzelbetriebe, sondern – wie bisher – die Mitgliedstaaten für den Dauergrünlanderhalt verantwortlich sein sollen. Die Agrarminister wiederum wollen den Mitgliedstaaten freistellen, ob die Verpflichtung einzelbetrieblich oder gesamtstaatlich greifen soll. Auch das ist ein Fall für Juristen bzw. die weiteren Verhandlungen, denn wie passt eine einzelbetriebliche Zahlung (30 Prozent) mit einer lediglich gesamtstaatlichen Einhaltung zusammen?

Einig sind sich Kommission, Parlament und Rat darin, den Grünland-Stand 2014 zur Grundlage der Regelung zu machen und darauf 5 Prozent Umbruch zu erlauben. Der Rat sieht allerdings auch hierzu noch eine Vielzahl möglicher nationaler Alternativregelungen vor.

Flächen im Umweltinteresse

Bekanntlich schlägt die Kommission vor, dass jeder Betrieb mit Ackerflächen (ohne Freigrenzen) auf mindestens 7 Prozent seiner Ackerflächen eine „Nutzung im Umweltinteresse“ nachweisen muss. Dafür hat die Kommission lediglich eine kleine, nicht abschließende Liste von Beispielen aufgeführt, u.a. Brachflächen, Landschaftselemente, Pufferstreifen.

Das Parlament will diese Verpflichtung nur für Betriebe mit mehr als 10 ha Acker. Der Anteil soll im Jahr 2015 nicht 7, sondern nur 3 Prozent betragen, ab 2016 dann 5 Prozent. Für 2018 und fol-

gende soll die EU-Kommission im Jahr 2017 einen Bericht vorlegen und gegebenenfalls (erneut) vorschlagen, auf 7 Prozent zu gehen...

Der Agrarrat will 2015 gleich mit 5 Prozent beginnen, folgt für die Folgejahre aber dem Parlament. Allerdings sollen wieder alle Betriebe freigestellt werden, die auf mindestens 75 Prozent ihrer Flächen Grünland haben, Gras anbauen oder an „gleichwertigen“ Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule teilnehmen (siehe oben). Bei der Liste anzuerkennender Nutzungen will das Parlament eine Erweiterung vor allem um Flächen, auf denen „stickstoffbindende Pflanzen“ (Leguminosen) angebaut werden, sowie um Flächen „ohne Verwendung und Einsatz von Pestiziden und Dünger“. Dabei schwebt dem Parlament aber vor, dass z.B. ein Hektar Leguminosen nicht als ein ganzer Hektar ökologische Vorrangfläche gewertet wird. Vielmehr sollen Mitgliedstaaten und Kommission eine ökologische Gewichtung der Flächennutzungen vornehmen. Dann könnten z.B. zum Nachweis von einem Hektar „Umweltfläche“ drei Hektar Leguminosen erforderlich sein. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten beschließen können, ab dem Jahr 2016 drei Prozent-

punkte der Flächennutzungen im Umweltinteresse überbetrieblich bzw. „auf regionaler Ebene“ umzusetzen, indem z.B. „angrenzende“ Hecken, Gehölze oder ähnliches mit angerechnet werden, ohne dass diese in der Antragsfläche des Einzelbetriebes liegen.

Ökologische Gewichtung

Die Agrarminister wollen die Liste anrechenbarer Nutzungen noch wesentlich erweitern, u.a. um Zwischenfruchtanbau und Winterbegrünung sowie sämtliche Flächen mit Agrarumweltmaßnahmen. Auch Hecken etc. auf Nachbarflächen sollen generell anrechenbar sein, damit wohl auch Straßenbegleitgrün an Autobahnen? Wie das Parlament, will auch der Rat den Mitgliedstaaten und der Kommission eine ökologische Gewichtung der Flächennutzungen ermöglichen sowie den Mitgliedstaaten erlauben, die Hälfte der „Umweltflächen“ nicht einzelbetrieblich, sondern regional nachzuweisen. Wieder gilt hier, dass offen ist, ob die EU-Kommission das mitmachen wird. Generell zeigt sich, dass es (auch) beim Greening erhebliche nationale Gestaltungsmöglichkeiten geben wird. Die Debatte wird mit einer für Juni angestrebten Einigung in Brüssel also nicht enden. *uj*



Foto: Jasper

Vor den Toren des EU-Parlaments

Ein nasskalter Tag im Spätwinter. Es ist der 12. März 2013, man könnte denken ein Tag wie jeder andere, doch die Menschen, die sich in Straßburg vor dem EU-Parlament versammelt haben, wissen es besser. Im Parlamentsgebäude wird über die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik debattiert und hier draußen haben sich Landwirte, Imker, Verbraucher und Umweltschützer aus mehreren Ländern zusammengeschlossen, um auf dieses wichtige Ereignis aufmerksam zu machen. Die Stimmung ist trotz eisigem Regen gut, denn jeder der Anwesenden weiß, was auf dem Spiel steht und das gemeinsame Ziel richtet unseren Blick nach vorne. Die warme Suppe treibt die Kälte aus den Gliedern und die Redner auf der Strohhallenbühne stellen unsere Forderungen für eine gerechtere und ökologischere Landwirtschaft vor. Dann gibt es die Menschenkette vor dem Haupteingang. Für eine Umrundung des gesamten Gebäudes sind wir nicht genug, doch die Zufahrt und Uferpromenade können wir umfassen. Unsere Sprechchöre schallen zum Gebäude und wir sind sicher, wir werden gehört. Die Nachricht ist eindeutig, wir sind hier und kommen auch immer wieder, denn ohne uns ist die Zukunft der europäischen Agrarpolitik nicht zu machen.

Christian Bayer, Bauer im Nordschwarzwald und junge AbL

Kürzung oben, Aufschlag unten

Mitgliedstaaten erhalten große Möglichkeiten, Gelder umzusteuern

Noch weit mehr als beim Greening (siehe Seite 4) kommen die Mitgliedstaaten bei der Frage, wer im Land von den Direktzahlungen der EU in Zukunft gestärkt werden soll, in die Verantwortung. Anders als die EU-Kommission wollen sowohl das EU-Parlament als auch der Agrarministerrat eine erhebliche Ausweitung der nationalen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Verteilung der Gelder.

Kappung und Staffelung

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Direktzahlungen nicht mehr unbegrenzt je Betrieb zu gewähren, sondern hohe Beträge stufenweise zu kürzen und schließlich zu kappen. Ab Basisprämien (ohne Greening-Komponente) von 150.000 Euro je Betrieb soll die Kürzung einsetzen. In der ersten Stufe (150.000-200.000 Euro) soll um 20 Prozent gekürzt werden, bei den nächsten 50.000 Euro um 40 Prozent, dann um 70 Prozent und oberhalb von 300.000 Euro schließlich um 100 Prozent. Vor dem Abzug sollen sämtliche tatsächlichen Lohnkosten des Betriebs von der Prämiensumme abgezogen werden, so dass sich einzelbetriebliche Kürzungsgrenzen um die Arbeitskosten erhöhen. Die Kommission will das EU-weit einheitlich verbindlich einführen. Das Parlament will das auch. Es erhöht aber die Kappungsgrenze effektiv auf 365.000 Euro. Mit nur zwei Stimmen verfehlte im Parlament ein Antrag von europäischen Sozialdemokraten die Mehrheit, der eine Absenkung der Kappungsgrenze auf 200.000 Euro je Betrieb vorsah. Durchgekommen ist dagegen der Antrag, der eine Sonderbehandlung für Genossenschaften und damit für viele LPG-Nachfolgeunternehmen in Ostdeutschland vorsieht: Genossenschaften (und andere juristische Personen) sollen von Kürzung und Kappung faktisch ganz verschont bleiben.

Aufschlag unten

Die Agrarminister haben das nicht übernommen, wollen aber die ganze Staffelung und Kappung voll ins Belieben der Mitgliedstaaten legen, und zwar sowohl die Anwendung überhaupt, als auch die Frage, ob es mehrere Kürzungs-Staffeln geben soll und um wie viel dann jeweils gekürzt werden soll. Die Minister haben alle konkreten Zahlen gestrichen bis auf eine: Wenn ein Mitgliedstaat kürzen will, soll die Kürzung nicht bei Beträgen unter 150.000 Euro einsetzen. Deutschland könnte demnach also ein Kappung z.B. bei 200.000 Euro einführen. Die Minister haben auch die Anrechenbarkeit der Lohnkosten aus dem Text gestrichen. Das ermöglicht nun aber, dass bei einer Anwendung von Staffelung und Kappung nicht die vollen Lohnkosten kürzungsmindernd berücksichtigt werden müssten, sondern auch nur die Hälfte davon, wie von der AbL seit Jahren gefordert. Noch

mehr Potenzial für eine ausgewogenere oder gerechtere Zuteilung der EU-Zahlungen auf die Betriebe steckt in einem anderen Instrument, das von der EU-Kommission in ihren Gesetzesvorschlägen von Ende 2011 noch gar nicht enthalten war, aber mittlerweile die Zustimmung von EU-Kommissar Ciolos hat. EU-Parlament und Agrarministerrat haben beschlossen, dass die Mitgliedstaaten auf die ersten Hektar je Betrieb einen Aufschlag auf



Gebläse für ein andere Agrarpolitik Foto: Jasper

die Direktzahlungen gewähren können. Finanziert werden soll das aus bis zu 30 Prozent aller Direktzahlungen im Land. Das sind in Deutschland dann bis zu 1,5 Mrd. Euro im Jahr. Das EU-Parlament will den Aufschlag für maximal 50 Hektar je Betrieb. Der EU-Agrarrat will ihn für maximal so viel Hektar, wie der nationalen Durchschnittsgröße aller Betriebe entspricht (in Deutschland laut Rat 46 Hektar). Wenn das Deutschland-weit angewendet würde, würden die Direktzahlungen für die ersten 46 Hektar um gut 90 Euro angehoben werden könnten (auf rund 390 Euro je Hektar); für die Hektar darüber würde die Direktzahlung von rund 300 Euro auf rund 210 Euro je Hektar sinken. Es ist klar, welche Bundesländer in Deutschland dabei unter dem Strich Zahlungsanteile gewinnen bzw. verlieren würden. Es ist daher kein Zufall, dass der Rat unter Beteiligung des Bundeslandwirtschaftsministeriums - im Gegensatz zum Parlament - einen Passus beschlossen hat, wonach diese Regelung von den Mitgliedstaaten auch allein auf regionaler Ebene, also z.B. auf Ebene von einzelnen Bundesländern, angewendet werden können soll. Frau Aigner hat nach dem EU-Agrarrat gleichwohl verlauten lassen, dass der Aufschlag für die ersten Hektar „einer wichtigen deutschen Forderung“ entspreche. Gehört hatte man davon bislang nichts - das sollte sich nun schleunigst ändern! *uj*

Kurzes am Rande

EU-Gerichtshof bestätigt Modulation

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 14.3.2013 die im Jahr 2009 erhöhten Kürzungen der Betriebsprämien im Rahmen der Modulation bestätigt. Damit ist die schrittweise Anhebung der Kürzungssätze für Betriebe mit Direktzahlungen über 5.000 Euro von ursprünglich 5 % auf 10 % im Jahr 2012 sowie eine zusätzliche Kürzung von 4 % ab 300.000 Euro Betriebsprämie rechtmäßig. Die Agrargenossenschaft Neucelle hatte vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder gegen die neue Verordnung geklagt. Weitere Betriebe aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hatten sich angeschlossen. Im Herbst 2011 ging der Fall an den EuGH, um grundsätzlich zu entscheiden, ob die Gleichbehandlung von landwirtschaftlichen Betrieben durch die Anhebung der Modulationssätze beeinträchtigt wurde. Dies sahen die Luxemburger Richter nicht gegeben. *cw*

Schwarz-grüne Bodeninitiative

Die Oppositionsfraktionen im brandenburgischen Landtag, die Bündnisgrünen und die CDU, starten eine Initiative für eine stärkere Regulierung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes. In einem gemeinsamen Antrag sprechen sie sich für ein brandenburgisches Gesetz aus, welches den Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt im Land Brandenburg zu begrenzen in der Lage ist. Auch die Übernahme der Anteilmehrheit von wirtschaftlich angeschlagenen Agrarbetrieben durch Kapitalanleger und Investoren zum Schutz der ortsansässigen Landwirte solle maßgeblich erschwert, zumindest jedoch unter strengen Genehmigungsvorbehalt gestellt werden. Ein Instrument sollte eine Begrenzung der Ausschreibungslose der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) auf maximal 10 ha, die Verlängerung des Privatisierungszeitraums über das Jahr 2025 hinaus und die Beschränkung des Flächenerwerbs im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen der BVVG auf 100 ha pro Landwirt sein. Des Weiteren müssten auch die entsprechenden Bundesgesetze so geändert werden, um den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Brandenburg für ortsansässige Landwirte besser zugänglich zu machen, so die CDU und die Bündnisgrünen in ihrem Antrag. Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dieter Dombrowski, warnte vor dem Entstehen ungesunder Agrarstrukturen, wenn ganze Agrarbetriebe durch Investorengruppen übernommen würden. *cs*

Baugesetzbuchnovelle in den Sternen

Die Neuregelung des Baugesetzbuches gestaltet sich weiter schwierig. Erneut wurde die Novelle von der Tagesordnung des Bundestages gestrichen, da es offenbar im Vorfeld nicht gelungen war, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition aber auch mit der SPD aus dem Weg zu räumen. Im wesentlichen geht es um die Neuregelung der baurechtlichen Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich. Nicht länger privilegiert sollten, laut Bundesregierung, große gewerblicher Anlagen sein, die der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegen. Zusätzlich wollten sich Union und FDP in Gesprächen mit der SPD auf eine Länderöffnungsklausel verständigen. Danach sollten die Länder unter bestimmten Voraussetzungen Gebiete bestimmen können, in denen gewerbliche Tierhaltungsanlagen bereits dann nicht privilegiert sein sollten, wenn sie zu einer standortbezogenen Vorprüfung nach dem UVP-Gesetz verpflichtet sind. Offenbar gab es hier in den Reihen der CSU als auch bei der SPD Vorbehalte. Die Regierungskoalition möchte eine Einigung mit der SPD, um nicht im Bundesrat an den, nach der Niedersachsenwahl, geänderten Machtverhältnissen zu scheitern. *cs*

Bauernverband gegen „Unwissende“

Jörn Dwehus, Hauptgeschäftsführer des niedersächsischen „Landvolk“-Landesbauernverbands, hat bei der Kreisversammlung des Uelzener Bauernverbandes, nach Angaben der Allgemeinen Zeitung, folgende Aussage über die am Tierschutzplan Niedersachsen teilnehmenden Verbände gemacht: „Am runden Tisch zum Tierschutzplan saßen so viele Menschen, die alle gar nicht wussten, worum es geht - und zum Schluss soll einer umsetzen, was sich so viele ausgedacht haben.“ Dies richtet sich gegen folgende, von Agrarminister Lindemann (CDU) berufene Organisationen: Bioland, Edeka, Kirchlicher Dienst auf dem Lande der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche, ISN-Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands, Katholisches Büro Niedersachsen, Landwirtschaftskammer, Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Nds. Geflügelwirtschaftsverband, Nds. Landkreistag, Tierärztliche Hochschule Hannover, Deutscher Tierschutzbund, Verband der Fleischwirtschaft und Verbraucherzentrale. *en*

Statt zu wachsen auf Haltung setzen

AbL-Milchtagung zeigt aktuelle Situation und alternative Wege auf

EEG ausbremsen

Am 21.3.2013 trafen sich in Berlin Kanzlerin Angela Merkel, Umweltminister Peter Altmaier, Wirtschaftsminister Philipp Rösler und die Ministerpräsidenten der Bundesländer um über die sogenannte Strompreisbremse zu beraten. Zur Diskussion standen die Vorschläge Röslers und Altmaiers zur nachträglichen Vergütungsabsenkung vorwiegend im Biogasbereich, also der Eingriff in den Bestandschutz. Durch eine starke Intervention von Betroffenen und des Fachverbands Biogas – unter anderem demonstrierten 2000 Menschen an einem Aktionstag für Erneuerbare Energien vor dem Bundesumweltministerium – konnte dieser Eingriff verhindert werden. Für viele Anlagen hätte es wohl die Insolvenz bedeutet wenn die Pläne voll durchgegangen wären, aber der Schaden dieser Diskussion für die gesamte Erneuerbare Energien Branche ist noch nicht abzusehen, weil sich die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin nicht darauf verständigen konnten, ob und wie sie ab 1.8.2013 für neu zu errichtende Anlagen innerhalb des EEG 2012 die Einspeisevergütung kürzen wollen. Allein dieser ungeklärte Umstand führt zu einem erheblichen Investitionsstau, was viele Firmen im EE-Bereich in erhebliche Existenznöte bringt. Aber vermutlich war genau das Ziel des Rösler/Altmaier Papiers, nämlich die Erneuerbaren auszubremsen. *Martin Schulz*

Welche Strategien entwickeln Milchviehbetriebe für sich und für die Milchvermarktung, welchen Einfluss hat das Ende der Milchquote und wo bleibt dabei die Qualität und das Ansehen der Milch? Diese Fragen zogen sich an Hand einer Reihe von Vorträgen am 4. März 2013 durch die gemeinsame Veranstaltung von AbL, KLJB (Katholische Landjugendbewegung) und Domäne Frankenhausen (Universität Kassel). 70 TeilnehmerInnen brachten nachdenkliche und ermutigende Sichtweisen ein: Deutlich machen sich die großen Wachstumssprünge vieler Betriebe in den Milchviehregionen bemerkbar und sorgen für Kopfschütteln wegen der dahintersteckenden hohen Abhängigkeit von Fremdkapital. Außerdem setzt solches Wachstum auf Kostensenkung durch Mengenproduktion und unterhöhlt so die Anstrengungen für einen stabilen, auskömmlichen Milchpreis durch Anpassung der Milchmengen an die Nachfrage. Mit einem Ansatz, der von der gängigen Denkweise abweicht, können mit inputreduzierten Wirtschaftsformen ebenfalls die Kosten gesenkt werden. Dazu zählt auch die direkte Futternutzung des Grünlands durch Weidehaltung.

Wieso mehr Kühe?

Einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen einer Grünlandregion an der norddeutschen Küste vermittelte der niedersächsische Agrarberater Uwe Allers aus dem Landkreis Stade an der Elbe. Dort werden schon seit Jahren immer größere Ställe gebaut. „Es ist immer mehr Milch in den Landkreis reingekommen“, fasste Allers die Bilanz aus Quotenzu- und -verkäufen zusammen. Die Zahl der Kühe ist dort insgesamt um 14 Prozent in sieben Jahren gestiegen. Dies zeigt sich auch im erhöhten Flächenbedarf für das Futter. Die zunehmende Biogasproduktion verschärft die Situation: knapp die Hälfte der Ackerflächen im Raum Stade wird mittlerweile mit Mais bestellt. Die Berater kennen drei Hauptgründe für das Wachstum der Betriebe: 1) Ein Hofnachfolger steigt in den Betrieb ein und es muss Einkommen für mehr Leute erwirtschaftet werden. 2) Fremdarbeitskräfte sollen ausgelastet werden. 3) Die sogenannte „Torschlusspanik“ macht eine Standortsicherung vom Stallbau abhängig, bevor in der Gemarkung keine Aufstockung der Tierzahl mehr genehmigt wird.

Grenzen des Wachstums

„Begrenzende Faktoren für weiteres Wachstum sind heute die Verfügbarkeit von Flächen für Futter und zum Entsorgen der Gülle, Arbeitskräfte und Baugenehmigungen“, stellt Allers nüchtern fest. Er

sieht mit Skepsis, dass auf vielen Milchviehbetrieben inzwischen die Arbeitsorganisation im Vordergrund steht und nicht das Herdenmanagement. In der folgenden Diskussion wurde ein eher gesellschaftliches Problem angesprochen: Wenn in der Landwirtschaft einzig Größe und ökonomische Faktoren als Erfolg wahrgenommen werden und nur daraus Anerkennung gezogen werden kann, geht neben vielen anderen Faktoren die Bedeutung von Bäuerinnen und Bauern im ländlichen Raum verloren. Dem etwas entgegenzusetzen, eine andere Haltung einzunehmen, erfordert eine in sich ruhende Stärke, weiß Allers: „Betriebe, die bewusst nicht wachsen, müssen Rückgrat haben!“

rung, viel gelobten Vorzeigebetrieben mit-halten können.

Erfolgsfaktor für sich

Die Auswertung der Erfolgsfaktoren für die Weidehaltung ergab eindeutig, dass sich das System vor allem dann lohnt, wenn die Kühe ganztägig statt nur zeitweise auf der Weide grasen. Durch das eingesparte Vorlegen von Futter im Stall und den gleichzeitig stark reduzierten Einsatz von Kraftfutter überwiegt die kostengünstige Futtermittellieferung die vergleichsweise niedrige aber „ordentliche“ Milchleistung der Tiere von etwa 6.000 bis 7.000 kg Milch. Ökologisch wirtschaftende Höfe schneiden besonders gut ab, weil sie einen deutlich höheren Milchpreis erzielen



Da freuen sich Kühe und Geldbeutel: grasen auf der Weide

Foto: Herzog

„Alternative“ Weidehaltung

Eine Form, in der Milchviehhaltung andere Wege zu gehen, ist eigentlich die ursprünglichste und entspricht den natürlichen Verhaltensweisen von Rindern am ehesten: die Weidehaltung. Lucas Kiefer von der Universität Stuttgart-Hohenheim hat sich, im Rahmen seiner Doktorarbeit, mit der Wirtschaftlichkeit von Milchviehbetrieben beschäftigt, die ihren Kühen Weidegang bieten. Ihn faszinieren als Vorteile die Akzeptanz der Verbraucher gegenüber dieser direkt flächenbezogenen Tierhaltung und die geringen Kosten für ein hochwertiges Grundfutter: Verglichen mit Silage verursacht die Weide nur ein Drittel der Kosten. In seiner Untersuchung hat Kiefer eine Auswahl sehr guter Weidebetriebe mit den Betriebsergebnissen von stallhaltenden Spitzenbetrieben des Rinderreports verglichen. Es zeigte sich, dass die besten Weidebetriebe wirtschaftlich mit den, im Sinne der Produktivitätssteige-

können. Als weiteren wichtigen Erfolgsfaktor nannte Kiefer ein auf saisonale Abkalbung abgestimmtes Fruchtbarkeitsmanagement, was zwar zu Arbeitsspitzen aber auch zu einer klaren Arbeitsverteilung und -effizienz im Jahresverlauf führen kann. Wenn die Kühe pünktlich zum Beginn der Weidesaison abkalben, überlagern sich die Laktationsphasen optimal mit dem Vegetationsverlauf des Aufwuchses auf der Weide. Allerdings gilt es zumindest zu bedenken, dass diese Praxis für viel Milch im Frühjahr und weniger im Herbst sorgt, was konträr zu den Anforderungen und Anreizen der Molkereien verläuft. Eine wichtige Einschränkung bringt das System der Weidehaltung mit sich: durchschnittlich 60 Prozent des Grünlands muss arrondiert zugänglich sein. „Bei einem Flächenbedarf von etwa 1,3 Hektar pro Kuh ist so eine natürliche Begrenzung der Betriebsgröße vorgegeben“, sieht Kiefer diesen Punkt in einem positiven Licht für bäuerliche Strukturen. *cw*

Vom Acker in den Futtertrog

Worauf bei der Fütterung von Ackerbohne & Co zu achten ist

Die Verfüterung von heimischen Körnerleguminosen an Sauen, Ferkel und Mastschweine gilt als Herausforderung. Diese ist allerdings gar nicht so groß, wenn den Besonderheiten der Futterwerte vollends Rechnung getragen wird. Derzeit brauchen sich konventionell wirtschaftende Schweinehalter, die nicht selber Körnerleguminosen anbauen, wegen der geringen Verfügbarkeit am Markt aber kaum Gedanken über einen gezielten Einsatz machen. Aber auch im ökologischen Landbau werden Ackerbohne & Co immer mehr zur nachgefragten Ware. Der inländische Anbau kann die Nachfrage nicht bedienen. Dies wird sich noch verschärfen, wenn zum 01.01.2014 die Ausnahmege-nehmigung für den Einsatz von bis zu 5 % konventioneller Eiweißfuttermittel ausläuft. Deswegen müssen die Einsatzmen-gen von Ackerbohnen, Erbsen oder Lupi-nen in ökologischen Futtermischungen deutlich erhöht werden, weil es neben So-jakuchen und dem dann nicht mehr er-laubtem konventionellen Kartoffeleiweiß kaum Alternativen gibt.

Für einen ausgewogenen Einsatz in der Fütterung sollten konventionelle und öko-logische Schweinehalter neben dem Futter-wert die Besonderheiten und die Preiswür-digkeit von verschiedenen Eiweißträgern stets genau kennen, weil diese Parameter für die gängigen Eiweißträger wie Sojaex-traktionsschrot, Sojakuchen und Kartoffel-eiweiß stark schwanken und sich gesell-schaftspolitische Rahmenbedingungen immer wieder ändern.

Versuchsergebnisse

Im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse sind Fütterungsversuche mit Körnerlegu-minosen bei konventionell und ökologisch gefütterten Ferkeln und Mastschweinen durchgeführt worden.

Dabei konnte festgestellt werden, dass in der konventionellen Mast ebenfalls gute Leistungen mit Körnerleguminosen in der Höhe von maximal 8 bis 15 % bei Aus-gleich des Aminosäuredefizites über freie Aminosäuren im Vergleich zum Sojaex-traktionsschrot möglich sind. Gleich gute Mastleistungen traten in einem weiteren Versuch mit höherem Einsatz von Körner-leguminosen von bis zu 25 % auf, wenn gleichzeitig zur Sicherstellung der Eiweiß-versorgung ein 5 %iger Kartoffeleinsatz erfolgte. In Versuchen zur ökologischen Ferkelfütterung erbrachte das Toasten von Ackerbohnen in Kombination mit ther-misch behandelten Weizenflocken im er-sten und zweiten Ferkelaufzuchtfutter (FAZ) mit 20 % Ackerbohnen und 20 % Weizenfutterflocken gleich gute Leistun-gen wie der Einsatz von 5 % Kartoffelei-weiß zur Deckung des Aminosäurenbe-

darfs. Bei einer betriebseigenen Konservie-rung bzw. Lagerung von Körnerlegumino-sen sind die Besonderheiten dieser Früchte zu bedenken. Eine Trocknung ist aufgrund der Korngrößen nicht so leicht möglich wie beim Getreide. Der Feuchtegrad ist ebenfalls unter 15 % Restfeuchte für die Lagerung einzustellen. Wenn ein Toasten beabsichtigt ist, ist mit einer Kombination von Trocknung und Aufschluss nur ein Arbeitsschritt notwendig. Bis zum Toasten ist dann aber eine Kühlung des frischen Erntegutes notwendig.

Wirtschaftlichkeit

Für einen sinnvollen Einsatz bei Sauen, Ferkeln und Mastschweinen sollten in den Betrieben die Kosten der Komponenten auf Basis ihrer Lysin- und Energielieferung verglichen werden. Hierzu können die so-genannten Gleichgewichtspreise für ver-schiedene konventionelle und ökologische Proteinfuttermittel über unterstellte Preise für stärker im Einsatz befindliche Energie- und Proteinfuttermittel wie Weizen und Sojaschrot/ -kuchen errechnet werden. Ein Beispiel: für die konventionelle Berechnung wurden Weizen und Sojaextraktions-schrot mit 25,00 bzw. 40,00 € je dt und für die ökologische Berechnung Weizen und Sojakuchen mit 40,00 und 100,00 € je dt als Vergleichsfutter verrechnet. Auf diese Art und Weise erhält man für kon-ventionelle bzw. ökologische Ackerbohnen einen Gleichgewichtspreis von 31,65 bzw. 72,50 € je dt.

Einsatzwürdigkeit

Die Einsatzwürdigkeit hängt von den In-haltsstoffen und vom Marktpreis ab. Für eine reibungslose Fütterung ist die Gleich-mäßigkeit des Futters hinsichtlich Zusam-mensetzung und ein langsamer Futter-wechsel sehr wichtig. Es müssen also genü-gend Mengen für einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen. Ansonsten lohnt ein Einsatz weniger. Für die sichere Qualitäts-beurteilung ist eine Futteruntersuchung stets Voraussetzung.

*Dr. Gerhard Stalljohann,
Fütterungsexperte der Landwirtschafts-kammer NRW, beschäftigt sich mit Alter-nativen in der Fütterung von Schweinen.
Vollständiger Artikel auf www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de*

Kurzes am Rande

Harte Bandagen im Milchmarkt

Das Käsewerk der Bauernmolkerei Neukirchen GmbH geht in vorläufige Insolvenz. Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung Ende März hatten die Gesellschafter der Bauernmolkerei Neukirchen beschlossen, sich vom Käsewerk in Neukirchen im Schwalm Eder Kreis zu trennen. Da die Ver-handlungen über einen Verkauf noch nicht zum Abschluss gekommen waren, hat die Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink kurz darauf das vorläufige Insolvenzverfahren eröffnet. Anfang 2011 war das Käsewerk von der Hochwald Foods GmbH übernommen worden. Ziel war es, die in Willingen-Usseln hergestellte Produktpalette durch das Segment Käse zu erweitern. Neben einem ausgeweiteten Sortiment versprach man sich auch logistische Vorteile, Milchmengen in länger haltbare Pro-duktschienen fließen lassen zu können. Die konventionelle Produktion lief nach der Übernahme des Käsewerks weiter und sollte dessen Ausla-stung sicher stellen, während parallel eine Bioschiene aufgebaut wurde. Die jetzige Insolvenz ist unter anderem den geringen Erlösen aus der konventionellen Produktion geschuldet. „Leider hat sich gezeigt, dass man am konventionellen Markt im Discountsektor mit Käse aus einer handwerklichen Produktion keine schwarzen Zahlen erwirtschaften kann“ so der Aufsichtsratsvorsitzende Josef Jacobi. Auch der Anteil an Biokäse ist nach Aussage der Geschäftsführerin zu gering gewesen. Nach Aussage des Insolvenzverwalters, Rechtsanwalt Reinhard Bohling aus Korbach, läuft der Betrieb trotz Insolvenz weiter: „Der Käse wird produziert, verpackt und ausgeliefert.“ Das Stammwerk, die Upländer Bauernmolkerei, ist von der Insolvenz nicht betroffen. Vielmehr stieg der Absatz im vergangenen Jahr deutlich an, sodass die im letzten Jahr für Neukirchen neu aufgenommenen Lieferanten mit ca 12 Mio kg Bio-milch jetzt nach Usseln liefern können. *mn*

Geld für den ganzen Ringelschwanz

Eine Prämie für den intakten Ringelschwanz, der am Schlachtband ankommt, auch das ist eine denkbare Honorierung von mehr Tierwohl im Schweinestall. Mit der Idee ist jetzt Pro Vieh-Geschäftsführer Stefan Johnigk öffentlich aufgetreten. Dabei müssten aber alle Tiere aus einem Betrieb unversehrt bei der Schlachtung ankommen um die Zusatzleistung, die aus einem Fonds bezahlt werden könnte, zu erhalten. Dieser konkrete Vorschlag von Pro Vieh würde eigentlich gut zu der sogenannten Branchenlösung passen, einem angedachten Bonus-System für einzelne Mehrleistungen der Betriebe in Sachen Tierschutz, das Pro Vieh ursprünglich mit dem Handel in Gang gebracht hat, das dann aber vom Bauernverband übernommen wurde. Ein Sprecher des Schlachtkonzerns Westfleisch sieht es inzwischen in der Gefahr in eine „Zeitfalle“ zu geraten, da die Politik unter Umständen mit Verord-nungen Fakten schaffe, bevor die Branche sich geeinigt habe. *cs*

Auf zu Neuland!

Die gesellschaftliche Debatte um mehr Tierschutz im Stall erreicht die Fleischtheken. Die artgerechte Tierhaltung bei Neuland gibt es schon lange bei vielen selbstständigen Metzgern, die sich damit auch eine Existenzsicherung schaffen konnten. Zwar nicht als Neulandfleisch deklariert, aber von den Betrieben nach denselben strengen Richtlinien produziert, bietet seit Anfang März Edeka Südwest in Baden Württem-berg unter der Marke „Sternfleisch“ Produkte aus artgerechter Tier-haltung an. Weitere Vermarktungsoptionen für Fleisch von Neulandbe-trieben im Lebensmitteleinzelhandel zeichnen sich konkret ab, so dass Neuland bundesweit dringend neue Betriebe sucht, die Sauen und Mastschweine halten. Kontakt über www.neuland-fleisch.de *cs*

Krabbenfischer bündeln 50 % Krabben

Die „Erzeugergemeinschaft der Deutschen Krabbenfischerei GmbH“ mit Sitz in Cuxhaven besteht aus 96 Gesellschaftern mit 100 Krabbenkuttern aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Gemeinsam bündeln sie mehr als 50 % der deutschen und 20 % der europäischen Krabbenan-landungen. Diese verstärkte Marktposition gegenüber dem Großhandel wollen die Krabbenfischer nutzen und durch die gemeinsame Vermarktung faire Preise für ihren Fang erzielen. Außerdem haben sich die Fischer eigenen Fangaufgaben zum Schutz der Krabbenbestände unter-worfen: Die Maschenöffnungen der Fangnetze sind 4 mm größer als gesetzlich vorgegeben. Der Anteil von kleinen Krabben, schmaler als 6,8 mm, darf nicht mehr als 20 % der Anlandungen ausmachen. Die nun erteilte formale Anerkennung durch das Land Niedersachsen eröffnet die Möglichkeit, Fördermittel für die Gründungs- und Betriebskosten zu bekommen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer lobte den Zusammenschluss als passende Verbindung von Nach-haltigkeit, Wirtschaftlichkeit und gemeinsamem Handeln. *cw*



Im noch verschneiten Tharandt präsentierte sich der neue Vorstand der AbL Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen Foto: Beleites

Kurzes am Rande

AbL-Mitteldeutschland erweitert Aktivitäten

Auch im AbL-Landesverband Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen wurde ein neuer Vorstand gewählt: an der Seite der Vorsitzenden Michael Grolm und Michael Beleites stehen Finanzerin Andrea Schubert und Schriftführerin Katharina Weinberg. Als Beisitzer gewählt wurden Stephan Kaiser, Jörg Klemm, Peter Kulle und Frank Neumann. Nachdem sich in Thüringen bereits ein reges Netzwerk entwickelt hat, dass sich regelmäßig trifft, planen nun auch die sächsischen Abler regionale Treffen. Ein erster Stammtisch fand Ende März in Wilsdruff statt. Themen, die auf Bearbeitung warten, gibt es jedenfalls genug, vom Boden über bäuerliche Tierhaltung zu neuen Gesellschaftskonzepten zurück zur harten EU-Agrarpolitik. *cs*

Geld auf die Höfe bringen!

Auf der Mitgliederversammlung der AbL Rheinland-Pfalz ging es darum, Forderungen zu entwickeln, um wieder mehr Wertschöpfung auf die Dörfer zu bringen und Förderung ab einer bestimmten Betriebsgröße zu kappen. Ackerbau und Viehzucht sollten wieder stärker zusammengebracht werden und die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft stärker gefördert werden. In der Grundsatzdebatte wurden die verschiedenen Aktivitätsfelder für die Landesverbandsarbeit dargelegt. Beschlossen wurde, dass der neue Landesvorstand sich primär um Kontakte und Aktivitäten in Richtung Landesregierung kümmern soll, und zum anderen sollen die regionalen Aktivitäten gestärkt werden. Bei den Vorstandswahlen wurden die Vorsitzende Jutta Kröll und der Vorsitzende Ralf Wey sowie der stellvertretende Vorsitzende Hans-Joachim Jansson im Amt bestätigt. Mit Julia Frenzel wurde ein neues Gesicht zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Beisitzerposten wurden an Anna Schochow, Klaus Bay und Randy Aller vergeben. Zum Abschluss der MV stellte Frau Leonhard von der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall die nunmehr 30 jährige Entwicklung der EZG vor. Trotz vieler Widrigkeiten ist es den Mitgliedern und der Geschäftsführung gelungen, ein erfolgreiches bäuerliches Unternehmen am Markt zu etablieren. Langer Atem zahlt sich aus. *Dieter Berg*

Frühjahrstreffen Solidarische Landwirtschaft

Anfang März 2013 trafen sich rund 50 Menschen aus dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), um sich über praktische Fragen und Unterstützungsmöglichkeiten für dieses Konzept der gemeinschaftstragenen und -finanzierten Landwirtschaft auszutauschen. Das 2010 gegründete Netzwerk ist in thematischen Arbeitsgruppen organisiert: Regionalgruppen, Moderationsangebot zur Unterstützung für neue SoLaWi-Initiativen, Gründung eines Bodensyndikats zum kollektiven Landkauf, Formulierung einer Netzwerkcharta, Finanzierungskonzepte, Tagungsorganisation, Saatgut, Beratung, Pädagogische Begleitkonzepte, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Rechtsformen und Vernetzung. Das Herbsttreffen 2013 mit anschließender Jahreshauptversammlung findet vom 1. - 3.11.13 in Hausen (Thüringen) in der Nähe von Erfurt statt. Weitere Informationen und Kontakt unter www.solidarische-landwirtschaft.org. *cw*

Themenvielfalt in Hessen

Bunte AbL-Landesmitgliederversammlung

Auf der jährlichen Mitgliederversammlung und Tagung der hessischen AbL in Alsfeld konnte der Vorstand von einer abwechslungsreichen Landesverbandsarbeit berichten. Dazu gehörten der gemeinsame Protest mit Attac gegen Nahrungsmittelspekulationen der Deutschen Bank in Frankfurt und die Teilnahme an Protestaktionen bei der landwirtschaftlichen Woche in Baunatal. Inhaltlich ist vor allem das Positionspapier des neugegründeten Agrarbündnisses Hessen und Aufnahme der AbL Hessen in den ELER Begleitausschuss nennenswert. Einen Bericht aus Brüssel steuerte der EU-Abgeordnete der Grünen und hessische AbLer Martin Häusling bei. Spannende Einblicke in die Occupy Bewegung lieferten Georg Frigger und Thomas Occupy und luden zu einer engeren Zusammenarbeit ein, zum Beispiel bei der Blockupy Besetzung in Frankfurt am 31. Mai & 1. Juni. Nach der Mittagspause referierte Dr. Jennifer Wohlers vom Kwalis Institut zur Qualität von Lebensmitteln. Dabei stellte sie die messbar bessere Nahrungsqualität von Produkten aus extensiver bäuerlicher Erzeugung in den Vordergrund. Bemängelt wurde von ihr, dass die Qualität eines Nahrungsmittels oft nur an der Quantität der Inhaltsstoffe festgemacht wird und danach die Bezahl-

ung erfolgt. Die Auswirkung der mangelnden Lebensmittelqualität wird an der steigenden Zahl der Lebensmittelunverträglichkeiten ersichtlich. In der Diskussion spielte auch das Thema Glyphosat eine Rolle, da sich dessen Rückstände bereits in einem Großteil der Nahrungskette befinden. Blühende Landwirtschaft aus Sicht der Honigbiene war das Thema von Marcus Haseitl vom Netzwerk blühende Landschaft. Er betonte die Wichtigkeit einer vielfältigen und kleinstrukturierten Landschaft, in der Blühpflanzen in die Nutzung integriert sind. Untersaaten, Energiestaudenmischungen, frühe Aussaat von Zwischenfrüchten und abgestufte Wiesenutzung führte er als Hoffnungsträger für eine bienenfreundlichere Landwirtschaft auf. Wie wichtig die Biene für unsere Ernährung ist, verdeutlichte Haseitl am Beispiel eines Tellers, der ohne die Bestäuber zu drei Vierteln leer wäre. Zum Abschluss der Tagung berichtete Sven Lorenz, Milchbauer aus Waldeck, über eine eiweißreduzierte Fütterung von Milchkühen. Die entstehende größere Unabhängigkeit gegenüber Sojaimporten, so seine These, könne der Eiweißdebatte eine ganz neue Richtung geben.

*Therese Wiskott und Moritz Schäfer,
AbL Hessen*

Nachbaugebühren in Debatten

Franken-Mitgliederversammlung und weitere Veranstaltungen

Franken ist groß. Das bekam auch Georg Janßen zu spüren, der bei der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Franken ein Referat zum Thema Nachbau beisteuerte und an den beiden vorangegangenen Tagen für weitere Vorträge durchs fränkische Land tourte. In Herrieden bei Feuchtwangen und Giebelstadt bei Würzburg kamen die sehr gut besuchten Vorträge bei den Bauern bestens an. „Muss ich am Telefon Auskunft geben? Wie lange muss ich rückwirkend Auskunft geben? Wie wird der eigene Nachbau bei Vermehrern behandelt?“ Fragen über Fragen, bei denen klar wurde, dass bereits ein Großteil der Landwirte Kontakt mit der Saatgut-Treuhand hatte, und große Unsicherheit besteht, wie am besten auf Anfragen zu reagieren ist. Georg stellte dar, welche Verschärfungen in der für 2015 geplanten Änderung des Sortenschutzgesetzes kommen könnten. In Hirschaid bei Bamberg formulierte ein anwesender Mitarbeiter einer mittelständischen Saatgutfirma ein Statement für Nachbaugebühren als einzige Refinanzierungsquelle für den Züchtungsaufwand, und stieß damit eine rege Debatte über alternative Finanzierungsquellen für die

Züchter an. Georg gab zu bedenken, dass es sich bei Saatgutzüchtung um ein gesamtgesellschaftliches Anliegen handele, was bei der Finanzierung derselben berücksichtigt werden sollte. Fonds-Modelle oder eine Sortenentwicklungsabgabe seien mögliche Ansätze, um die mittelständischen Saatgutzüchter zu fördern. Weitere Themen der Jahreshauptversammlung waren ein Bericht über die Arbeit des Vorstands (Isabella Hirsch), ein Bericht mit vielen Bildern über BDM-Aktionen in Brüssel und Berching (Alfred Greubel) und ein Bild-Vortrag zum Thema „Ein Jahr Hühnermobil“ (Max Engelwald). Anton Prechtel erinnerte an das verstorbene AbL-Mitglied Marianne von Putten-Geier und man hielt ein Totengedenken. Des Weiteren berichtete er über die prekäre Lage der von Tuberkulose betroffenen Milchbauern im Allgäu und rief zu einer Unterschriftenaktion für die Aussetzung der Kulap-GV-Grenzen für die betroffenen Betriebe auf. Vorsitzende Isabella Hirsch wies noch auf die seit kurzem bestehende Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft bei der AbL Bayern hin.

Edith Sachse, AbL Franken

Betriebsspiegel:

130 ha Gemischtbetrieb
40 Milchkühe plus Nachzucht, Vorzugsmilch
50 Mastschweine
300 Legehennen
Hofkäserei, Feingemüse, Feldgemüse
Hofladen und Lieferservice

Die erste Hochzeitseinladung dieses Jahres schneite im Januar ins Haus. Und so machten sich meine Freundin und ich Mitte Februar auf den Weg von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen. Geheiratet wurde ganz klassisch: Polterabend am Mittwoch, am Freitagnachmittag die kirchliche Trauung und anschließend die Feier in Abendgarderobe im Saal eines Landgasthofs. Dort gab es zunächst einen Sektempfang, doch anschließend passierten Dinge, die für jemanden, der ursprünglich aus Süddeutschland

stammt und seit einem dreiviertel Jahr auf einem Hof im Norden wohnt und arbeitet, nicht so recht zu begreifen waren: Auf einmal fing jemand sanft an mit seinem Löffel an sein Glas zu schlagen, dann machte ein zweiter und ein dritter mit und in kürzester Zeit dengete der Großteil der Gäste gegen seine Gläser. Nur der Sitznachbar, ein eingeweihter Urniedersachse konnte meine Fragezeichen im Kopf lösen: „Man klingelt so lange, bis das Brautpaar sich küsst“. Gott sei Dank küsst die Frischvermählten sich noch sehr gern, denn in den nächsten Minuten folgten noch etliche dieser klirrenden Kussaufrorderungen. Plötzlich wurde es dunkler im Saal und alle fingen an zu klatschen. Was war denn nun los? Die Suppe wurde gebracht... Und da klatscht man halt so lange, bis alle Ter-

rinen auf den Tischen stehen. Aha, wieder was dazu gelernt, und die Frage nach dem Warum schenkt man sich wohl besser. Vor dem Essen und zwischen den Gängen fühlte sich der Sänger der Musikkapelle berufen, für Stimmung zu sorgen. Auch während des Essens machten die drei auf der Bühne ordentlich Rabbatz. Zwischendurch immer wieder Gläsergeklimper, bis der Bräutigam irgendwann doch keine Lust mehr hatte, seine Braut alle drei Minuten zu küssen. Er erklärte, er werde seine Braut nur noch küssen, wenn ihnen ein Lied gesungen werde. Den Plan hatte er jedoch ohne seine Gäste gemacht. In Folge standen nun ununterbrochen Menschengruppchen auf und gaben in feinsten Stimmlagen deutschsprachiges Liedgut zum Besten - begleitet von der Tanzkapelle, sobald das

Lied erraten war,... wodurch mich die Musiker wirklich beeindruckt haben. Überhaupt war die Band vom allerfeinsten. Der Sänger, ein Alleinunterhalter alter Schule, ließ zumindest bei mir kein Auge trocken.

Nach dem Nachtisch sind die Musiker dann fürs erste verschwunden, und man konnte sich in angenehmer Lautstärke unterhalten. Da Braut und Bräutigam beide Landwirte sind, waren auch die Gäste überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Unter ihnen entdeckte ich ein Gesicht, das mir bekannt vorkam, die Frage war nur: woher? Langsam dämmerte es mir, und nach einer Weile fassten wir beide den Mut, miteinander zu reden: Wir hatten gemeinsam auf einem Podium zum Thema „Tierschutz“ gestanden; seine Eltern sind Ferkelerzeuger. Da hatten wir auch gleich ein Gesprächsthema. Er liebt seine Tiere, aber von Stroh hält er nichts. Seine Hunde hätten ja auch eine gemütliche Kiste mit Stroh zur Wahl, lägen aber doch am allerliebsten auf dem Betonfußboden. Warum sollte das bei Schweinen denn anders sein? Okay, tief durchatmen, nicht durchdrehen und besser schnell einen Schnaps am Tresen holen. Irgendwann bedankt er sich noch, wie gut er das Gespräch fand. Irgendwie hatte ich jedoch das Gefühl, dass er gar nicht so recht zugehört hat.

Es wird noch viel geschnackt, getanzt und gelacht an diesem Abend. So verläßt man ein sehr heiteres Fest und kann satt, angeduselt, müde und glücklich schlafen gehen, in dem Gefühl, etwas ganz besonderes erlebt zu haben.

Jan Wendel

Bauernhochzeit im Norden

Ich sitze gerade im Zug nach Göttingen, um an der Jahresmitgliederversammlung des Bio Fair Vereins teilzunehmen. Ein Bio Fair Verein, das unterstellt ja auf der anderen Seite,

Einen Artikel will ich auf dieser Fahrt schreiben, und zwar diesen hier über das Thema: Wie bäuerlich sind unsere Bio Anbauverbände? Ich habe im Januar dieses Jahres als Bioland Landesvorständler in NRW aufgehört, weil ich genau diese Frage bei Bioland nur unzureichend beantwortet fand, oder aber genauer formuliert, Bioland geht es meiner Ansicht nach weniger um die Größenstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe als ausschließlich um die Formen des Anbaus der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, oder aber um die Art der Tierhaltung. Ein gutes Beispiel, um diese These zu bestätigen, ist die Diskussion, die ich im letzten Jahr im Landesvorstand führen musste, sie aber leider nicht mehr verstehen konnte. Sie macht sich fest an zwei Beispielen: Da will ein größerer Bio-Milchviehbetrieb auf 400 Kühe aufstocken, eine Spiegelung (Verdoppelung) auf später 800 Kühe ist im Bauantrag bereits berücksichtigt. Wie verhält sich nun Bioland? Bei der EU-Agrarreform werden Kappung und Degression der EU-Ausgleichszahlungen sogar von der Europäischen Kommission favorisiert, der Bauernverband torpediert diese geplanten Maßnahmen! Wie verhält sich nun Bioland?

Bei beiden an den Verband gerichteten Fragen wurde, vielleicht auch um die Einheit des Verbandes nicht zu gefährden, eine aus meiner Sicht nur halbherzige Antwort gegeben.



Bioland wohin?

Bei Beispiel 1 wurde der dann doch wohl nicht mehr zu gewährleistende Weidegang als Argument bemüht, um diesem Betrieb eine negative Stellungnahme zu geben.

Bei Beispiel 2 wurde im gemeinsamen Plattformpapier (Umweltverbände, Eine Welt Gruppen, AbL,) eine Degression und Kappung zwar unterstützt, offiziell nach außen wollte man mit dieser Position aber nur ungern auftreten (Angst vor Betriebsaustritten in einzelnen Regionen).

Nach den Lebensmittelskandalen der letzten Wochen denkt man im Verband nun wieder bäuerlicher oder man äußert sich wenigstens anders. „Bioland Bauern machen bei der Globalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft nicht mit.“ „ Bioland setzt im

Gegensatz zu industriellen Strukturen auf das Modell einer bäuerlich ökologischen Tierhaltung.“ Wenn diese Äußerungen ernst genommen werden dürfen, dann ist es ja doch der richtige Verband, in den ich vor Jahren aus Überzeugung und gutem Grund eingetreten bin. Dann brauchen ja nun wirklich nur noch diese oben genannten Grundüberzeugungen in das bei Bioland zurzeit diskutierte Leitbild eingearbeitet werden. An unserem Bioland Verkaufswagen diskutiere ich immer wieder gerne mit unseren Kunden solche Fragen. 800 Bio Kühe auf einem Betrieb will niemand unserer Kunden (auch wenn die auf der Weide stehen), im Gegenteil sind die meisten erschrocken, dass Bioland solche Strukturen nicht ausschließt. Meiner Ansicht nach

müssen alle Anbauverbände aufpassen, dass sie nicht die gesellschaftliche Akzeptanz verlieren, wenn sie sich auf solche Größenordnungen zubewegen. Bei der zurzeit stattfindenden Aufteilung der Landwirtschaft (Agrarindustrie oder bäuerlich) muss man sich als Verband positionieren. Ich hoffe, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Hubertus Hartmann

Betriebsspiegel:

40 ha Ackerland
20 ha Grünland
neuer Schweinestall: 150 Tiere
Rinderstall: 55 Mastrinder
100 Hühner
Verkaufswagen auf den Wochenmärkten der Region

„Ist es dies kleine Stück Schweineschwanz wert?“

Tierschutzbund-Label als Beweis für Notwendigkeit des Schwänzekupierens?

Um das Thema Tierschutzlabel ging es am 4. März beim Uelzener Arbeitskreis junger Landwirte. Karl Harless ist mit seinem 1.200er Maststall einer von den 15 Landwirten, die sich am Mastschweine-Einstiegstufen-Projekt des Deutschen Tierschutzbundes und des VION-Fleisch-Konzerns beteiligt. Die Ringelschwänze werden nur noch um ein Drittel gekürzt. Es werden unkastrierte Eber in doppelt so großen Buchten (mit je 18 Tieren) getrennt von den weiblichen Tieren gemästet. Der um ein Drittel von 0,75 auf 1,1 Quadratmeter erhöhte Platz allein bringe keine wesentliche Veränderung, berichtet er. Die Frischluft wird von der Decke in den Stallgang gelenkt, von wo sie in die Buchten zur nahen Liegefläche gelangt und unter den Spaltenböden abgesaugt wird. Die Stärke der Zugluft beeinflusst das Tierverhalten und die Annahme der Funktionsbereiche Liegen (mit Gummimatte über den Spalten) und Beschäfti-

Die Beschäftigungsmaterialien Kette, Holzlatten etc. werden ergänzt durch zwei Metallröhren, aus der die Tiere an Strohpresslingen knabbern können. Dies wird sehr unterschiedlich genutzt, unterschiedlich ist auch der beruhigende Einfluss auf die Tiere. Die wunden Schwänze sind „gefühlter weniger geworden“ so der Tierhalter. Die „Täter“ beim Schwanzbeißen kann man schwer finden, so dass dann die ganze Bucht betroffen ist. In solchen Fällen werden Bälle in den Stall geworfen, notfalls auch zwei bis drei Hände Stroh oder Sisal-Seile.

Erstes Fazit

Die QS-Kontrolle wird durch eine Tierschutzlabel-Kontrolle und Verhaltensstudien ergänzt. Fazit von Karl Harless: Weibliche Tiere sind sauberer und aufgeregter als männliche. Es gibt Rangeleien und härtere Hierarchiekämpfe. Im ersten Jahr verbesserte sich die Futterverwertung von 2,74 auf 2,56 und er-

Schwänzekupieren nicht geht. Davon hätten wir nicht zu träumen gewagt...“ Thosten Riggert, Bauernverbands-Vorsitzender Nordostniedersachsen und Ferkellieferant für den Betrieb Harless, ist auch in den Gremien des Niedersächsischen Tierschutzplans aktiv. Er glaube nicht, dass das Kupierverbot möglich sei. Der Deutsche Tierschutzbund habe die ursprünglich zweijährigen Übergangsfristen für die Kupiererlaubnis (und auch für die Gummimatte anstelle von festem Boden) auf Ende 2013 verkürzt. Der Bauernverband werde prüfen, ob und wie er dann mit diesem Programm weitermache.

Kupieren weiter notwendig

Riggerts Fazit: Die getrennten Ebermast sei problemlos (außer bei Bio und Neuland, wegen des Ebergeruchs der dort länger gemästeten Tiere). Bei der Ferkelaufzucht bringe der um 20 % auf 0,52 Quadratmeter erhöhte Platz allein noch gar nichts. Selbst eine Verdoppelung des Platzes für die Tiere würde keine Lösung bringen. Man setze deshalb je nach „Eskalationsgrad“ beim Schwanzbeißen nach und nach verschiedene Stufen von Spielmaterial ein: Strohpellet-Automat, Knabber-Weichholz, Jutesack. Es sei schwer, unter den 30 bis 40 Ferkeln in einer Bucht den „Täter“ zu ermitteln. Wenn erst der Schwanz eines Tieres abgebissen sei, könne man das Tier nicht mehr mästen und müsse es töten: „Ist es das wert, dieses kleine Stückchen Schweineschwanz!?“ Er jedenfalls könne das bei seinen jährlich vermarkteten 12.000 Ferkeln nicht mitmachen. Nach Ende der vom Tierschutzbund erlaubten Übergangsfrist beim Schwänzekupieren werde man feststellen: „Das funktioniert nicht.“ Man werde dann seitens des Bauernverbands feststellen: Wir haben uns 3 bis 5 Jahre um eine Lösung bemüht und festgestellt, dass es ohne Kupieren eben nicht geht. Das werde dann auch auf die Pläne des Tierschutzplans Einfluss haben.

Ein Euro mehr

VION-Berater Dr. Kruse berichtete, dass das Fleisch von derzeit wöchentlich 800 bis 1000 Schweinen in einigen Märkten von Kaisers und Reichelt in Berlin und in Kieler coop-sky-Märkten verkauft wird. Auswertung und Stalmbauten des Programms würden vom Bundesministerium zwei Jahre lang gefördert. Die Produktpreise für

das Eingangsstufen-Label mit einem Stern lägen um einen Euro je kg (z.B. Schnitzel oder Gyros) über den „normalen“ Preisen. Berater Dieter Staack vom Beratungsring VzF rechnet mit der zehnfachen Zeit für die Kontrolle der Tiere. Allein durch das höhere Platzangebot erhöhten sich die Kosten um 8 bis 15 Cent je kg Schlachtgewicht. Einen gewissen ökonomischen Vorteil brächten bessere Mastergebnisse der getrennt gehaltenen Eber.

Eingeschränktes Kundeninteresse

Laut Dr. Annabell Franz vom Göttinger Uni-Institut der am Programm beteiligten Professoren Spiller und Theuvsen gibt es ein unausgeschöpftes Marktsegment von 20 % für Tierschutzfleisch. Dem politischen Druck auf EU- und Bundesebene in Richtung Tierschutz könne man durch ein Label entgegen und zuvorkommen. Es gebe auch Versuche, ob die Obergrenze von 3.000 Mastschweinen verringert oder abgeschafft werde. Bei Verbraucherbefragungen sollten die Kunden angeben, wie viel mehr sie denn für Tierschutzsiegel-Produkte zahlen würden. Beim Kotelett wären dies 32 % beim Einstiegssiegel, aber ebenso nur 32 % beim Premiumsiegel. Beim Gyros 17 % beim Einstiegssiegel und sogar nur 13 % beim Premiumsiegel. Bei stärker verarbeiteten Produkten (Wurst) liegen die Werte noch deutlich darunter. Fazit dieses gerade für die Premiumstufe (Neuland- bzw. Biostatus) total ernüchternden Resultats: Es sei eine millionenteure Kommunikation über die Unterschiede der beiden Label-Stufen erforderlich.

Insgesamt liegen die Einstiegsstufenpreise in den Supermärkten etwa um 10 bis 20 % über den normalen Preisen. Es sei eine Weiterentwicklung des Programms geplant – die dreijährige Übergangsphase bis zur Vorgabe einer gentechnikfreien Fütterung wird offen mit der Kostenersparnis begründet.

Nicht möglich?

Die massiven Forderungen der EU nach Umsetzung des Kupierverbots und des Zugangs zu Stroh wurde nicht diskutiert. Man tröstete sich damit, dass bei solchen Vorgaben (mit Haltung auf Stroh) eine Schweinehaltung eben nicht möglich sei und nötigenfalls von den Mästern flächendeckend eingestellt werde. Auch die Tatsache, dass bei der Neuland- und Biohaltung die Ringelschwänze dran bleiben, spielte keine Rolle *Eckehard Niemann*



Von Natur aus immer mit!

Foto: Wieland-Müller/pixelio:

gung auf Spaltenboden. Nebelanlage und Temperatur werden nach Außen-temperatur und zukünftig auch nach Luftfeuchtigkeit gesteuert. Durch eingebaute Sichtfenster zwischen den Boxen wird nicht nur gezielt das Abkoten im Spaltenbereich gefördert – durch das „Kennlernen“ durchs Fenster verläuft anschließend das Umstallen neu zusammengestellter Gruppen leichter. Die Trennung von Liegebereich und Beschäftigungs- und Abkotbereich funktioniert teilweise, vor allem bei älteren Tieren.

höhten sich die täglichen Zunahmen von 830 auf 927 Gramm (dabei Eber über 1000 Gramm). VION, laut Harless die „inhaltliche Seele“ des Programms – zahlt einen vom VzF-Beratungsverband errechneten Aufpreis (20 Cent?). Man verdiene jetzt in etwa das gleiche wie vorher. Die Tiere fühlten sich aber wohler. Der Tierschutzbund, Inhaber des Labels, müsse sich jetzt anstelle von bloßem Meckern mehr in Richtung Risiko bewegen: „Da machen jetzt andere wie der Tierschutzbund für uns die Beweisführung, dass es ohne

Der Boden ist die Grundlage allen bäuerlichen Wirtschaftens und damit ist er politisch. Denn die Frage wer wie auf und mit dem Boden arbeitet, bestimmt über Agrarstruktur, Besitzverhältnisse, Landschaftsgestaltung bis hin zum Sozialgefüge auf den Dörfern. Vieles ist hier im Umbruch in den letzten Jahren, eher zum Nachteil einer bäuerlichen Struktur und einer ökologischen Nutzung. Dagegen wächst ein Bewegung all derer, die Ungerechtigkeiten in der Landverteilung anprangern und ändern wollen. Ansatzpunkte für Änderungen gibt es genug: rechtliche, politische und sozial-ökologische, es gilt wie überall sich durchzusetzen!



Foto: Aföldi/FIBL Schweiz

Land in Sicht

Fruchtbaren Boden und bäuerliche Höfe in Schutz nehmen

Land ist knapp und die Konkurrenz um diese Ressource nimmt zu. Weltweit ist vom „Landgrabbing“ im großen Stil die Rede - doch auch hierzulande spüren Bäuerinnen und Bauern zunehmenden Druck durch steigende Pacht- und Kaufpreise und beobachten einen sich konzentrierenden Landbesitz. Die Ursachen und beeinflussenden Faktoren sind vielfältig, zu den Auswirkungen in den ländlichen Regionen und der tatsächlichen Preisentwicklung gibt es bisher nur Anhaltspunkte, aber keinen umfassenden Überblick. Aus einem Diskussionsprozess der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist eine erste Stellungnahme zum Thema entstanden - mit konkreten Vorschlägen zur Überarbeitung der Bodenverkehrsgesetze (siehe Seite 12). Da die Neufassung des Bodenrechts mittlerweile in der Verantwortung der einzelnen Bundesländer liegt, besteht Raum für regionale Anpassungen, den die AbL im Rahmen der Mitte April stattfindenden Agrarministerkonferenz hervorheben möchte. Der Boden tauchte in der Vergangen-

heit immer stärker als Thema von Tagungen und Diskussionsrunden auf: Zum einen fasziniert die Bodenfruchtbarkeit als Grundlage aller landwirtschaftlicher Tätigkeit durch das komplexe Zusammenspiel von lebendigen Prozessen. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher, dass diese Prozesse durch die Entwicklungen hin zu industrieller Nahrungsmittelproduktion und intensiver Bewirtschaftung bedroht werden.

Lebendig und teuer

Zum anderen sind durch die enormen Preissteigerungen auf dem Bodenmarkt besonders bäuerliche Höfe und Existenzgründer bedroht, die sich gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen für den langfristigen Erhalt einer vielfältigen,

wirtschaftlich und sozial ausgewogenen Landwirtschaft einsetzen. Solche vielgestaltigen Höfe gelten als krisensicherer als einseitig ausgerichtete, hoch spezialisierte Betriebe und leisten einen großen Beitrag zum Erhalt lebendiger ländlicher Räume.

Falsche Anreize

Als treibende Kräfte für den Konkurrenzdruck auf Bodenmarkt AbL eine

dem führt die vor allem falsch ausgerichtete EU-Agrarpolitik an, die industrielle Tierhaltung stärkt und bäuerliche Erzeugungsweisen unter anderem durch eine ungerechte Verteilung von Agrarsubventionen benachteiligt. Zum anderen wird in der Stellungnahme auf die flächenintensive Biogasproduktion durch falsche und bisher nicht korrigierte Anreize durch das Erneuerbare Energien Gesetz EEG hingewiesen.

In der außer-

vor Kritik steht dem nach wie die Verpachtungs- und Verkaufspraxis der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) in den neuen Bundesländern, die bäuerliche Betriebe vom Zugang zu den Landesflächen nahezu ausschließt. Hinzu kommt, dass durch die Finanzkrise weltweit Kapital in den landwirtschaftlichen Bereich sowie die vor- und nachgelagerten Bereiche fließt. Die Landwirte sehen sich neuen Konkurrenten gegenüber, deren Investitionsinteresse sich nicht unbedingt nach den für Bäuerinnen und Bauern geltenden wirtschaftlichen Grundsätzen mit generationenübergreifendem Denken ausrichten muss.

cw



Bodenmarkt gestalten

Reformvorschläge gegen Landkonzentration und Preisexplosion im Überblick

Überschrieben sind die Vorschläge für bodenpolitische Änderungen aus der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) damit, dass es neben der Überarbeitung der Bodenverkehrsgesetze (Grundstücksverkehrsgesetz, Reichssiedlungsgesetz und Landpachtgesetz) vor allem auf eine anschließend konsequente Anwendung ankommt:

Verkauf und Pacht veröffentlichen

Die Genehmigung und somit der öffentliche Ablauf von Landverkäufen über 1 Hektar Fläche oder Verpachtung über 2 Hektar Fläche soll verpflichtend sein. Auf diese Weise können auch Preise für einen öffentlichen statistischen Überblick gesammelt werden. Um die Anzeigepflicht für Pachtverträge durchzusetzen, könnte die Rechtsgültigkeit des Vertrags oder die Auszahlung der EU-Flächenprämien daran geknüpft werden. In die Genehmigungspflicht einbezogen werden sollen die bisher gar nicht erfassten Zwangsversteigerungs-Fälle und der Verkauf ganzer Betriebe oder Anteilen davon.

„Ungesunde Landverteilung“

Dieser alte, unbestimmte Rechtsbegriff soll mit zeitgemäßem Inhalt gefüllt werden. Ursprünglich sollte der Passus „ungesunde Landverteilung“ eine Zersplitterung des Bodeneigentums verhindern und ist einseitig ausgerichtet. In den vergangenen Jahren war die Überweisung an so genannte Wachstumsbetriebe entscheidendes Kriterium. Um eine Konzentration des Bodens in der Hand einzelner Unternehmen zu vermeiden, sollen analog zum Kartellrecht Kriterien entwickelt werden. Regional ansässige Betriebe sollten bevorzugt werden. Kriterien sollen nachvollziehbar sein und sich nach den Erfordernissen bäuerlicher Betriebe ausrichten. Ziel soll sein, eine große Anzahl vielgestaltiger landwirtschaftlicher Betriebe zu erhalten und neu zu schaffen. Existenzgründer und Nebenerwerbslandwirte sollen einbezogen werden.

Absenken der Preisobergrenze

Die Grenze zum Ablehnen einer Genehmigung wegen überteuertem Preis, soll von 150 % auf 120 % des Verkehrswertes bzw. der ortsüblichen, durchschnittlichen Pacht gesenkt werden. Zur Erstellung statistischer Vergleichswerte sollen nicht nur die Spitzenwerte für Neupacht sondern auch das deutlich niedrigere Pachtniveau bestehender Pachtverträge einbezogen werden.

Siedlungsgesellschaften treten oft als Vorkäufer auf und geben die Flächen anschließend an LandwirtInnen weiter. Diese Gesellschaften sollen ihre Vergabekriterien am oben formulierten Ziel ausrichten und transparent und nachvollziehbar gestalten. Damit die Bäuerinnen und Bauern bei Weitergabe nicht doppelt belastet werden, soll bei den Transaktionen die Grunderwerbsteuer nur einmal erhoben werden.

Kein Verkauf an Nichtlandwirte

Flächen sollen nur an LandwirtInnen verkauft werden können und nicht an Einzelpersonen oder Gesellschaften, die

von nicht-landwirtschaftlichem Kapital dominiert werden. Ausnahmen von dieser Regel sollen explizit und klar formuliert werden. Während bei Vorkaufsrechten andere Käufer in Verträge einsteigen, soll es auch Richtlinien geben, die einen Verkauf grundsätzlich verbieten, um das Land in der Hand der Bewirtschafter halten zu können - besonders, wenn keine landwirtschaftlichen Interessenten vorhanden sind. Um die Vertragsfreiheit der Verkäufer nicht unnötig einzuschränken, könnten die Siedlungsgesellschaften ermächtigt werden, in solchen Fällen als Käufer und Verpächter für aktuell bewirt-

schaftende Betriebe einzusteigen. Genehmigungsverfahren sollen transparent ablaufen.

Transparenz

Grundstücksverkehrsausschüsse, die es nur in Niedersachsen gibt, sollen durch Genehmigungsbehörden auf Kreisebene ersetzt werden. Diesen kann ein Beirat aus sachkundigen Personen zur Seite gestellt werden, bestehend aus Vertretern der Berufsverbände, Landschaftsverbänden, Verbraucher- und Naturschutz. Die Genehmigungsbehörden sollen in Zukunft im Sinne einer vielfältigen Landwirtschaft entscheiden, insbesondere wenn mehrere Bewerber um eine Fläche auftreten. Die Entscheidungskriterien müssen klar formuliert sein. Alle an Aufstockung interessierte LandwirtInnen, auch im Nebenerwerb, sollen sich registrieren lassen können, um vorab informiert zu werden, wenn in ihrer Gemarkung oder den Nachbargemarkungen Pacht- und Kaufverträge zur Genehmigung anstehen.

Neue BVVG Vergabekriterien

In Ostdeutschland soll künftig der besonderen Situation von staatlichen Anteilen am Bodenmarkt Rechnung getragen werden: Die Vergabe von Landesflächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) erfolgte bisher vorwiegend an Großbetriebe mit mehr als 500 Hektar. Um diese Wettbewerbsverzerrung in Ostdeutschland zu korrigieren, sollen bäuerliche Betriebe, insbesondere unter 250 Hektar, einen verbesserten Zugang zu Land erhalten. Die noch verbliebenen 600.000 - 700.000 Hektar an BVVG- und Landesflächen sollen neu verteilt und unter bisher benachteiligten Betriebsleitern und Betriebsneugründern ausgeschrieben werden. Generell darf der Landerwerb durch Nebenerwerbsbetriebe nicht als „ungesunde Landverteilung“ zu Gunsten von Großbetrieben mit regional hoher Landkonzentration ausgelegt und abgelehnt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat im Frühjahr 2012 die internationalen „Freiwilligen Richtlinien für den Umgang mit landwirtschaftlichem Boden“ unterschrieben und sollte diesen dementsprechend nicht nur in der Entwicklungspolitik sondern auch im eigenen Land folgen. In den Richtlinien zur Landvergabe ist u.a. die Beteiligung aller Akteure und ausdrücklich auch der Nebenerwerbslandwirte gefordert. cw



Im Blickfeld: Bodenverteilung

Foto: Mühlhausen

Fruchtbare Motivation: Boden für bäuerliche Betriebe

Auf der Suche nach Möglichkeiten, den Zugang zu Land für vielgestaltige bäuerliche Betriebe zu erhalten, hat die AbL Niedersachsen Ende letzten Jahres die Initiative für die Entwicklung eines Positionspapieres ergriffen. Im vorläufigen Papier sind bestehende Ideen und Anregungen für eine Änderung des Bodenrechts gebündelt. Hauptziel war es, konkrete Vorschläge für eine Anpassung bestehender, zur Steuerung vorgesehener Gesetze zu machen, um die Preisexplosionen auf dem Bodenmarkt einzudämmen und eine Landkonzentration in der Hand weniger zu verhindern. Eingeflossen sind Diskussionen verschiedener Tagungen zum Thema Bodenpolitik sowie Erfahrungen von seit längerem aktiven Menschen, wie Jörg Gerke, der besonders die Situation des ostdeutschen Bodenmarktes verfolgt. Ausgewertet wurden zudem Stellungnahmen von auf Bodenrecht spezialisierten Rechtsanwälten und Ansätze von bisherigen politischen Initiativen zur Änderung der Bodengesetze auf Länderebene. cw

Bodenfruchtbarkeit als größtes Kapital

Lebendiger Organismus braucht lebendige Fruchtfolge

Böden haben eine natürliche Fähigkeit, anhaltend hohe Erträge abzusichern, ausgedrückt durch den Begriff Bodenfruchtbarkeit. Darunter versteht man die Speicherung sowie Bereitstellung von Nährstoffen und Wasser, die Erhaltung der Bodenstruktur mit geeignetem Durchwurzelungsraum und dem richtigen Verhältnis von wasser- und luftgefüllten Bodenporen. Die Bodenfruchtbarkeit ist abhängig von der Bodenart, dem Humusgehalt und insbesondere vom Tonanteil des Bodens. Der Humusgehalt ist von zentraler Bedeutung und aktiv vom Landwirt beeinflussbar. Er ist, unter anderem, die Nahrungsgrundlage für das Bodenleben (Edaphon) und ist ständigen Auf- und Abbauprozessen unterworfen. Zusätzlich ist Humus mitverantwortlich für die Erhaltung der Bodenstruktur über die Bildung von Ton-Humus-Komplexen und fungiert als Wasser- und Nährstoffspeicher.

Empfindliches System

Vielerorts ist jedoch das Potenzial der Böden durch Verdichtungen, Erosions- und Verschlammungsschäden sowie einer Unterversorgung mit organischer Substanz gemindert. Die Fruchtbarkeit eines Bodens ist eng mit der Aktivität von Bodenorganismen verknüpft. Den Bodenorganismen kommt in ihrer Gesamtheit die Aufgabe zu, die von höheren Pflanzen gebildete und von Tieren und Menschen

teilweise veränderte organische Substanz weiter umzubauen (Humifizierung), bzw. abzubauen (Mineralisierung). Dabei werden die in der organischen Substanz vorhandenen Verbindungen so weit zerlegt, dass sie als in der Bodenlösung vorhandene Ionen von der Pflanze wieder aufgenommen werden können. Die Bodenorganismen schaffen so die Existenzgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen und schließen den Stoffkreislauf der Natur.

Füttern geboten

In einem fruchtbaren Boden leben bis zu 40 GV Bodenorganismen je ha, die ernährt werden müssen. Wichtig ist vor allem die richtige „Fütterung“ durch leicht verwertbares organisches Material, welches zum Beispiel in Form der Ernte- und Wurzelrückstände den Bodenorganismen zur Verfügung gestellt wird. Langjährige Untersuchungen in Münchenberg zeigten den großen Einfluss der Pflanze, d.h. der Fruchtfolge, auf das Bodenleben. Eine Aufweitung der derzeit üblichen engen Fruchtfolgen mit der Wiedereinbeziehung von Futterpflanzen als Haupt- und Zwischenfrüchte ist aus bodenökologischer Sicht unbedingt anzustreben. Das Bodenleben wird auch durch die Wurzelabscheidungen der Pflanzen ernährt, daher ist hier abwechslungsreiche Kost, wie Zwischenfruchtmischungen mit vielen verschiedenen aufeinander abgestimmten

Komponenten, eine sinnvolle Ergänzung und sollte so oft wie möglich in die Fruchtfolge integriert werden. Eine organische Düngung mit leicht verwertbaren Kohlenstoffquellen fördert ebenfalls die Bodenorganismen – je nach Art des Materials in unterschiedlichem Ausmaß.

Wege für Wurzeln

Regenwürmer nutzen all diese Nahrungsquellen und schaffen durch ihre Grabtätigkeit Gänge, in denen dann die Wurzeln der Kulturpflanzen wachsen können. So werden der Wurzeltiefgang und die Verzweigung der Wurzel gefördert und letzt-

endlich die Erträge sicherer und nachhaltig gesteigert. Zur Beeinflussung des Bodenlebens trägt die Bodenbearbeitung erheblich bei; eine Reduzierung der Bodenbearbeitung wirkt sich dabei besonders auf Regenwürmer, vor allem auch auf den tief grabenden Tauwurm, günstig aus. Zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist der Aufbau einer wasserbeständigen Krümelstruktur unerlässlich. Dieses kann aber nicht mechanisch, sondern nur durch eine gute Durchwurzelung und ein aktives Bodenleben gelingen.

Corinna Schröder und Christoph Felgentreu, Deutsche Saatveredlung AG



Krümeliges Bodengefüge durch Zwischenfruchtmix.

Foto: DSV

Nicht mehr geerdet

Flächen sind knapp – aus unterschiedlichen Gründen

Unabhängig von der Region, unabhängig von der Art der Bewirtschaftung und auch unabhängig vom vorherrschenden Pachtpreisniveau gilt fast überall: Boden ist knapp, begehrt und wird teuer. Das hat verschiedene Gründe: Untersuchungen identifizieren einen Einfluss der Biogasproduktion, die allgemeine Wirtschaftskrise lockt Investoren auf die vermeintlich sichere Scholle als Anlageobjekt. Beides reicht nicht als abschließliche Begründung. Karl-Friedrich Osenberg, Milchbauer aus dem Bergischen Land, beschreibt ein zunehmendes Verschwinden des „kollegialen Regelwerkes“, nach dem in der Vergangenheit Land auf dem Land verteilt wurde. Das soziale Gefüge unter immer weniger aktiv wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen auf den Dörfern werde immer instabiler, und auch die Verpächter entschieden immer offensiver nur nach dem höchsten Preis, ohne daran zu denken, wie unter Umständen mit dem Boden umgegangen werde, so Osenberg.

Auch in seiner Nachbarschaft gibt es das Beispiel von dem Milchviehbetrieb, der mit Hilfe eines externen Investors noch in diesem Jahr einen Kuhstall bauen will, um dann seine Herde auf 1000 Tiere aufzustocken. Ihm wird in der Gegend eine hohe Bereitschaft nachgesagt, auch weit entfernte Flächen, ohne Rücksicht auf die dort wirtschaftenden Berufskollegen, zu hohen Pachtpreisen – Grünland für 500 Euro pro Hektar statt der ortsüblichen 350 Euro – zu pachten. Einer derer, die von einem Flächenverlust von 12 Hektar an den Großbetrieb betroffen ist, trat mit ihm in Kontakt, um schließlich ernüchtert Größenwahn zu diagnostizieren.

Jeder für sich

Verschärfend auf das Wachsen, weniger auf Kosten vieler, wirken sich, so die Ergebnisse des Göttinger Wissenschaftlers Carsten Emmann, Biogasanlagen aus. Er hat verschiedene Regionen in Niedersachsen untersucht. Zwar wird in seinen Befragungen von Bauern und Bäue-

rinnen der Einfluss von Biogasanlagen höher bewertet in Regionen, in denen es viele gibt, und damit die direkte Konkurrenz um Flächen stärker ist, als anderswo. Allerdings konnte Emmann auch ermitteln, dass grundsätzlich die Bereitschaft von Betrieben mit Biogasanlagen einen höheren Ackerpachtpreis zu zahlen, größer ist als bei Betrieben ohne Biogasanlage. Das mag sich wieder ändern, wenn durch Bonikürzungen die Lukrativität von Biogasanlagen sinkt. Ein einmal erhöhtes Pachtpreisniveau lässt sich aber nicht so schnell wieder senken. Im Zusammenhang mit der Rolle des Biogases für den Pachtmarkt spielt ebenfalls eine Rolle, dass die bisherigen Sozialstrukturen auf dem Land immer stärker aufgebrochen, die Distanzen weiter, die Pachtbeziehungen anonymer werden. Hier vollzieht sich in den alten westdeutschen Bundesländern nun eine ähnliche Entwicklung, wie sie in Ostdeutschland schon viel früher stattgefunden hat. Die DDR habe die Bauern vom Land ge-

trennt, heißt es in einem Artikel der Wochenzeitung Die Zeit, darum sei es heute so leicht für außerlandwirtschaftliche Investoren oder Großbetriebe an Land zu kommen. Der Kuchen wird unter Beziehungsin- und Geldhabern verteilt, wobei die BVVG in zentraler Rolle mitspielt. Bauern und Bäuerinnen war und ist es hingegen in Ostdeutschland fast unmöglich, gerade auch kleinere Flächen zu pachten oder zu kaufen. Mit dem Bauern verschwinde auch ein Stück weit die Demokratie auf den Dörfern, das führt Michael Beileites, Autor und Bauer aus Sachsen, in seinem Buch „Schweiz oder Kasachstan“ aus. Was bleibt sind Schlafstätten, unter anderem für Landverpächter, die in die Städte zum Arbeiten pendeln und an denjenigen verpachten, der das meiste Geld dafür zahlt. Kabarettist Günther Wischmeyer hat mal sinngemäß gesagt, früher habe man auf dem Land tagsüber zusammen gearbeitet und abends zusammen gesoffen, heute sei nur das saufen geblieben. cs

Bienenschutz vor Pflanzenschutz

Die EU-Kommission möchte ein zunächst zweijähriges Verbot für die Anwendung der Pflanzenschutzmittel Clothianidin, Imidacloprid und Thiomethoxam für bienenattraktive Kulturen wie Raps, Sonnenblumen und Obst durchsetzen. Hintergrund ist die Einschätzung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass diese systemisch wirkenden, Neonicotinoide genannten, Insektizide eine Gefahr für Bienen und andere Bestäuber darstellen. Mitte März hatte eine Abstimmung der europäischen Landwirtschaftsminister für oder gegen das Verbot zu keiner Entscheidung geführt. Der EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg will nach Ostern einen Berufungsausschuss einsetzen und im Falle eines erneuten Patts das Verbot im Alleingang durchsetzen. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter und die CDU/CSU Bundestagsfraktion sind gegen ein solches Verbot, Imkerverbände sowie einige Grünen-Politiker begrüßen es als „Meilenstein“ und bekamen Rückenwind durch verschiedene LandesministerInnen, die die Bedeutung der Imkerei für Landwirtschaft und Natur betonten. *cw*

Im Norden was Neues

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Meyer bringt Schwung und Reformwillen mit.

Voller als sonst zur AbL Niedersachsen MV war es in der alten Kneipe des Biolandbetriebs Voigt bei Syke dieses Jahr. Ein neuer Minister im Programm zieht, und wenn es dann auch noch ein grüner ist, der sich nichts geringeres als den Umbau der Landwirtschaft im Agrarland Nummer eins vorgenommen hat, müssen einfach noch ein paar Bierzeltbänke mehr ausgeklappt werden. Christian Meyer, der in den ersten drei Wochen seiner Amtszeit auch gleich drei handfeste Skandale abarbeiten musste, passiert es auf seiner derzeit stattfindenden Tournee über die Bauernversammlungen sicher eher selten, dass sein „dickes Brett“ von der Agrarwende, dass er bohren will, so gut ankommt, wie in der Kneipe in Syke. Eine Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe, artgerechter Tierhaltung, des ökologischen Landbaus, Unterstützung im Kampf gegen Massentierhaltung und Gentechnik, Förderung heimischen Eiweißes und Milch von Kühen auf der Weide - noch nie konnten sich die angereisten 120 AbLerinnen und AbLer so gut in den Worten eines niedersächsischen Landwirtschaftsministers wiederfinden, wie jetzt. Und auch wenn es um

Nachfragen und spezielle Stellungnahmen ging, signalisierte Meyer eine Ernsthaftigkeit, sich zu kümmern, die glaubwürdig macht. Er sei der erste Landwirtschaftsminister, der sich dafür ausspreche, dass Menschen angemessen viel Geld zur Verfügung stehen müsse, damit sie sich vernünftig erzeugte Lebensmittel kaufen könnten und nicht, dass die Lebensmittel nur billig sein müssten, attestierte ihm Guido Grüner von der Oldenburger Arbeitsloseninitiative. Und Ackerbauer Siegfried Herbst lobte ihn für sein Ansinnen, eine Politik für die 90 Prozent bäuerliche Betriebe im Land machen zu wollen.

Weitermachen

Große Erwartungen bergen natürlich die Gefahr großer Enttäuschungen, wenn nicht alles so läuft wie geplant. Auch deshalb sollten die ambitionierten Pläne des Ministers nicht dazu führen, dass die Bewegung nun die Hände in den Schoß legt, mahnte Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer an. Christian Meyer kann nur das durchsetzen, was immer weiter mit Druck einer bäuerlichen und gesellschaftlichen Basis eingefordert wird. Das er die

Gesellschaft auf seiner Seite hat, wird auch am momentan fast nicht Vorhandensein einer politischen Opposition deutlich. Kritik an der Anhebung der Ökofördersätze gab es laut Meyer nur von CDU-Politiker Clemens Große Macke, der sie für nicht ausreichend hoch erhöht hält...

In Bewegung

Auf der anschließenden Mitgliederversammlung wählten die niedersächsischen AbLer den ostfriesischen Milchbauern Ottmar Ilchmann zum neuen Vorsitzenden. Sein Vorgänger Martin Schulz wechselt in den Bundesvorstand. Neu in den Vorstand, zu den Biobauern Gernot von Beesten und Eberhard Prunzel-Ulrich, wurde die junge AbLerin Carla Proetzel gewählt, die momentan noch in Witzendahausen Landwirtschaft studiert. Besonders gewürdigt wurde das Engagement von Eckehard Niemann, der als Sprachrohr der gemeinschaftlichen Bauern- und Bürgerbewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ Synonym ist für den gesellschaftlichen Druck von unten, den es braucht, um die agrarpolitischen Veränderungen durchzusetzen. *cs*

Tempo zusammen gestalten statt wettlaufen

Zukunftspläne für bäuerliche Landwirtschaft auf der AbL Bayern Tagung

Es war ein sehr persönlicher Veranstaltungseinstieg mit einem Beispiel zur Entwicklung der Arbeitsbelastung und finanziellen Situation auf Bauernhöfen: Isabella Hirsch ist Bäuerin in Franken und in der landwirtschaftlichen Familienberatung tätig. Die Milchkühe auf dem eigenen Betrieb haben sie und ihr Mann abgeschafft. Und das, obwohl sie der gängigen Beratung entsprechend auf stetiges Wachstum gesetzt und einen Vorzeigebetrieb mit hoher Milchleistung und angesehenen Zuchtieren aufgebaut hatten. Doch die Erweiterungen sorgten vor allem für immer mehr

Arbeit und mehr Verantwortung - auch für mehr Umsatz, aber nur für eine geringe Einkommenssteigerung. Die viele Zeit im Melkstand führte zu vielen kritischen Gedanken: „Wem nützt das?“ ist für die als zweite Vorsitzende im AbL Landesverband Bayern engagierte Bäuerin zu der wichtigsten Frage geworden, um Entwicklungen in der Landwirtschaft zu hinterfragen. Am Wachstum eines viehhaltenden Bauernhofes verdienen ihrer Erfahrung nach hauptsächlich die vor- und nachgelagerten Branchen.

Politische Verantwortung

Wenn wachsen nicht der einzig wahre Weg zu wirtschaftlichem Erfolg ist, welche Strategien und politischen Unterstützungen bieten sich dann für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft? Dieser Frage mußte sich Konrad Schmid, leitender Ministerialrat des bayerischen Landwirtschaftsministeriums stellen - und blieb nach Meinung vieler der rund 60 TagungsteilnehmerInnen eine zielführende Antwort schuldig. Als Hauptstrategie setzte Schmid auf Einkommenskombination und Diversifizierung, worauf nach Landesstatistik immer mehr Haupterwerbsbetriebe setzen. Die Arbeitsbelastung sei da nicht

ausgewertet worden. Mehrere ZuhörerInnen kritisierten diese Ausrichtung als verdrehte Logik und Einstieg in den Ausstieg aus der Landwirtschaft. Stattdessen forderten sie politische Verantwortung für vernünftige Marktregeln und die gezielte Unterstützung von gesellschaftsfähigen Formen der Landwirtschaft ein, damit Vollerwerbsbetriebe auf nachhaltige Weise ein volles Einkommen erwirtschaften können.

Gemeinwohlleistungen im Blick

Professor Alois Heißenhuber von der Technischen Hochschule Weihenstephan forderte in seinem Vortrag dazu auf, sich als bäuerliche Betriebe von agrarindustriellen Systemen zu emanzipieren. Letztere haben zunehmend Schwierigkeiten mit ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit. Unter anhaltendem gesellschaftlichen Druck sollte die Chance genutzt werden, staatliche Förderung für produktionsorientierte Landwirtschaftssysteme, die kein Gemeinwohlinteresse erfüllen, abzubauen. Bei der Umverteilung hin zu multifunktionalen bäuerlichen Systemen sieht Heißenhuber Gestaltungsspielraum; Kriterien dafür sollten möglichst direkt die Leistungen messen, die honoriert werden sollen. *cw*



Voller Ideen für bäuerliche Betriebe: Prof. Heißenhuber.

Foto: Weissenberg

Trojanisches Pferd bei Saatgutmesse

Globale Zusammenhänge in Franken

Was macht ein Pferd auf einer Saatgutmesse? Es macht den Gärtnern und Verbrauchern den Zusammenhang zwischen Lebensmittelpreisen, Globalisierung, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie klar! Zumindest wenn es aus Holz ist, von den zwei pfliffigen AbL- und BDM-Bauern Karl-Heinz Schreiner und Alfred Greubel gebaut, und mit dem entsprechenden „Abstammungsnachweis“ versehen wurde. Das Pferd durfte dieses Jahr bereits in Berching Minister Seehofer aufklären und stand jüngst unübersehbar vor den Toren der Saatgutmesse in Karlstadt-Laudenbach, die der Bund Naturschutz organisiert hatte. Helle Begeisterung kam bei den Organisatoren auf, als das Pferd am Veranstaltungssonntag vor der Halle eintraf. Und besonders für alle Besucher war es ein echter Hingucker. So eingestimmt konnte man sich bei der Messe über Saatgutvielfalt, regionale Vermarktung, Klostermedizin, Effektive Mikroorganismen, Imkerei, Brennerei, invasive Neophyten, u.a. informieren und samenfestes Saatgut und Bio-Baumschulerzeugnisse kaufen. Die AbL-Regionalgruppe Franken war mit einem Info-Stand vertreten, verteilte Bauernstimmen, Gentechnik-Infos und Saatgut von seltenen Stangenbohnen-Sorten unters Volk, und führte viele interessante Gespräche. Dank bester Organisation und der ansteckend guten Laune der Veranstalter, war die Stimmung im Saal bestens und die Messe ein voller Erfolg. Zusammen mit dem Saatgut-Festival in Iphofen, das bereits Ende Februar stattfand und ebenfalls wieder sehr gut

besucht war, sind diese Messen eine wichtige Bereicherung für die Region. Gerade auch im Kleingartenbereich ist die Information über Saatgut, Patente, Nachbau und die Strukturen in der Saatgutbranche extrem wichtig. Die wenigsten Hobbygärtner wissen, was der Aufdruck F1 auf ihren Samentütchen bedeutet, warum samenfestes Saatgut so wichtig ist und dass auch eigentlich vertrauenerweckende Saatgutanbieter wie Gärtner Pötschke, Kiepenkerl

und Sperli, inzwischen, zumindest in Anteilen, zu großen Saatgutkonzernen, allen voran Monsanto, gehören. Bleibt nur zu hoffen, dass sich der BUND für eine Wiederholung der Veranstaltung im nächsten Jahr entscheidet.

Edith Sachse, AbL-Franken



Was macht ein Pferd auf einer Saatgutmesse?

Foto: Kleinwächter

Nachbaufähiges Saatgut unterstützen

IG Nachbau formuliert Anforderungen

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IG Nachbau) steht inzwischen für die fast fünfzehn Jahre währende Auseinandersetzung mit dem Gros der Pflanzzüchter, vielmehr aber fast noch mit der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) die es übernommen hat, gebündelt die Interessen eines Großteils der konventionellen Züchtungsunternehmen durchzusetzen. Dabei ist inzwischen klar: die Gesetzeslage gibt eine pauschale Auskunft in Sachen Nachbau nicht her, die Züchter müssen den Bauern und Bäuerinnen Anhaltspunkte vorlegen, damit ihr Auskunftsansinnen gerechtfertigt ist. Nicht zuletzt, weil die Unternehmen und die STV dementsprechend ein großes Interesse daran haben, zu einer für sie vermeintlich einfachen pauschalen Lösung zu kommen, gibt es auf europäischer Ebene schon seit geraumer Zeit Züchterlobbyini-

tativen, um die Gesetze zu ändern. Dabei sollte den Pflanzzüchtern klar sein, dass sie dauerhaft zukunftsfähig nur Lösungen mit den Bauern und Bäuerinnen finden können und nicht gegen sie. Lediglich wenige, meist ökologisch arbeitende Züchter haben gemeinsam mit ihren bäuerlichen Kunden alternative Modelle zur Züchtungsfinanzierung entwickelt. Die IG Nachbau will nun mit einem Brief an alle Pflanzzüchter abklären, inwieweit über die bereits engagierten Unternehmen weitere bereit sind, individuelle Lösungen anzustreben. Außerdem geht es in der Abfrage auch darum, wie weit die Pflanzzüchter auf nachbaufähiges Saatgut setzen und damit entscheidenden Weichenstellungen für eine vielfältige Züchtungsarbeit leisten. Neben dem Brief an die Pflanzzüchter hat der Sprecherrat folgende Positionen formuliert: Die IG Nachbau lehnt die Ausforschung

der Bauern durch die Saatgut-Treuhandverwaltung und die Zahlung von Gebühren für den Nachbau von Saat- und Pflanzgut ab. Wir verteidigen das jahrhundertalte Recht auf Nachbau der Bauern weltweit. Die IG Nachbau befürwortet eine Saatgutzüchtung, die nicht auf Hybridzüchtung sondern auf die Züchtung von nachbaufähigen, gentechnikfreien Sorten setzt. Sie unterstützt deshalb den Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und der GLS Bank.

Die IG Nachbau empfiehlt ihren Mitgliedern, mit den Saatgutzüchtern individuelle, freiwillige Vereinbarungen zum Nachbau zu treffen, wenn die Züchter sich bereit erklären, nachbaufähige, gentechnikfreie Sorten zu züchten und eine Zusammenarbeit mit der STV nicht mehr praktizieren. cs



Wieder mehr Patente

Obwohl ein entsprechendes Grundsatzurteil der Großen Beschwerdekammer über ein Patent auf Tomaten aussteht hat das Europäische Patentamt erneut damit begonnen, Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen zu erteilen. Wie aus einem Bericht der Koalition „Keine Patente auf Saatgut!“ hervorgeht sollen innerhalb weniger Wochen etwa ein Dutzend Patente erteilt werden, die Pflanzen wie Brokkoli, Zwiebeln, Salat, Gurken und Melonen betreffen. Zwei Patente, auf Gurken und Salat, wurden bereits erteilt. Mit dieser neuen Welle von Patenten auf Pflanzen werden die Interessen der Mehrheit der europäischen Pflanzzüchter, der europäischen Bauernverbände und der Verbraucher missachtet“, sagt Christoph Then, einer der Koordinatoren der Koalition „Keine Patente auf Saatgut!“ Er wirft dem Präsidenten des Europäischen Patentamtes Benoît Battistelli vor die Position von Konzernen wie Monsanto zu übernehmen. Laut Then gehören bereits jetzt über 50 % der in der EU registrierten Sorten nur zwei Konzernen – Monsanto und Syngenta. cs

Bio-bäuerlich oder gar nicht!

Die Lehre aus dem jüngsten Eierskandal muss Konsequenz sein.

Bio ist angekommen. Auch im Repertoire des Karikaturisten Haderer, der zum Eierskandal im Magazin Stern düstere Fabrikhallen hinter einer Bio-Bauernhoffassade mit debil grin-senden, trachtenbekleideten Kulissen-schiebern offenbart. Und Autor Manfred Kriener schreibt in der tageszeitung (taz), zwar sei „der Schwindel mit Bio-Eiern und vollgestopften Hühner-ställen schon eher unter die Haut“ ge-gangen, „weil wir damit nicht unbeding-t gerechnet haben“ und weil der „Glaube an das Gute“ betroffen sei. Aber er zitiert auch den Psychoanalyti-ker, der von Gewöhnungseffekten spricht und davon, dass Lebensmittels-kan-dale inzwischen „Teil der allgemei-nen Nachrichtenfolklore“ seien. „Bio-hühnerhalterin Bärbel Endraß ver-marktet die Eier über den Handel vor Ort, und hat momentan häufiger Bes-uch von der lokalen Presse in ihren zwei Ställen mit jeweils 1500 Hühnern. „Eine Reporterin hat tatsächlich über-rascht angemerkt, dass die Hühner ja alle noch Federn haben“, berichtet sie nicht nur belustigt. „Wir sind nah am Markt, nah an den Menschen, wir könnten uns doch gar nichts anderes leisten.“ „Bei Nitrofen gab es es einen medialen Aufstand“, erinnert sich der langjährige ehemalige Präsident des Ökoanbauverbandes Bioland, Thomas Dosch, „heute ist gar niemand mehr enttäuscht.“ Es sei wie in langjährigen Beziehungen, so Dosch: „entweder man stumpft ab oder man trennt sich.“ Er ist inzwischen als landwirtschaft-licher Leiter der hessischen Domäne Mechtildshausen auch Bioland-Geflü-gelhalter von vier mal 800 Hühnern und hat jüngst gemeinsam mit 40 Gleichgesinnten die Interessengemein-schaft bäuerlicher Geflügelhalter ge-gründet. Schon bevor die Geschichte der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen 200 Legehennenbetriebe wegen zum Teil erheblicher Stallüberbe-lagungen – wohlgermerkt in allen Bet-riebs- und Stallsystemen, aber eben auch in Biobetrieben – öffentlich wur-den, machte die Interessengemeinschaft auf der Biofachmesse eine Pressever-anstaltung mit dem Titel: „Bio-Legehen-nenhaltung im Wandel – müssen wir mit Skandalen leben?“

Hemmungen fallen

Klar ist, Missstände gibt es nicht erst seit gestern, und viele haben mit den Strukturen im Geflügelbereich zu tun. Spätestens seit dem Ende der Käfighal-tung sind immer stärker auch die kon-ventionellen industriellen Geflügelkon-

zerne in den lukrativen Wachstums-markt mit Alternativhaltungssystemen eingestiegen. Der Supermarkt wollte Bio-Eier und nur die großen Strukturen waren in der Lage zu liefern. Und nicht nur das zweiklassige Eu-Bio sondern auch Verbandsware. Nach dem Nitro-fenskandal kündigte Bioland Geflügel-baron Heinrich Tiemann die Zusam-menarbeit auf – es gab fünf 10.000er



So wollen wir es gern: Hühner mit Federn und im Auslauf

Foto: Dominic Menzler/BLE

Ställe im Franchisesystem auf fünf Bio-landbetrieben - und änderte die Richt-linien auf Obergrenzen von maximal zweimal 3000 Hühnern pro Betrieb. Naturland änderte kaum etwas an der Zusammenarbeit mit Tiemann und an-deren Großen der Szene. Eine Gebäu-dehülle mit fünf mal 3000 Tieren gilt als Stand der Technik. Dafür gibt es Stallbaulösungen von der Stange der großen Anbieter. 70 % der Bioeier wer-den im konventionellen Lebensmitte-leinzelhandel verkauft, für Preise von manchmal 1,59 pro 6er Eierpappe. Die Interessengemeinschaft bäuerlicher Geflügelhalter kommt in ihrer Rechnung auf einen Preis von einem knappen Euro mehr pro 6er Pappe, dann kriegt der Bauer 17 Cent fürs Ei und seine Kosten gedeckt. Der Preisdruck, den die großen Strukturen erzeugen, ist en-orm, die Abhängigkeiten als Vertrags-bauer für einen Geflügelkonzern eben-falls, kein Wunder, dass die Hem-mungen Regeln zu übertreten geringer werden.

Konventionelle Spielchen

„Bei 20 % Überbelegung kriege ich 2 Cent mehr fürs Ei“, rechnet Bioland-Geflügelberater Thomas Ingensand,

„bei Investitionskosten in Stalltechnik von 800.000 Euro muss ich effizient sein.“ Tiemanns Wiesengold Konzern verkaufe am Tag mehr Eier als alle Bi-olandbetriebe zusammen, er stelle eine gewaltige Wirtschaftskraft im Natur-landverband dar, so Ingensand. Aber auch im Handel: „Tiemann, Eskildsen, Behrens, die haben den LEH unter sich aufgeteilt und machen da ihre Spiel-

sächlich fast überall finde, so Rahlfs. Es habe Spitzenjahre gegeben, da wurden 20,25 % mehr Tiere eingestallt. Die dafür nötige doppelte Buchführung ist natürlich einfacher zu machen, wenn, wie bei Tiemann, man selbst über Jung-hennen und Futtermühle verfügt. „Wir haben das alles ja nicht freudig zugelas-sen“, sagt Rahlfs, „aber keiner hat sich getraut, zu sagen, das geht so nicht, wir haben immer wieder Augen zugedrückt, versucht zu heilen, uns ei-nen Knopf an die Backe reden lassen, uns auch einschüchtern lassen... jetzt reicht!“ Gleichzeitig sagt sie auch, wie schwer es sei „das Rad zurückzudreh-en.“

Bäuerlich oder gar nicht

Bis vor wenigen Wochen galt - mehr oder weniger laut gesagt - bei den Öko-landbauverbänden noch die Prämisse: wenn wir 100 Prozent Ökolandbau wollen, geht das nicht nur bäuerlich. Nun betonen sie unisono den Wert bäuerlicher Strukturen. Die Interessen-gemeinschaft bäuerlicher Geflügelhal-ter fordert schon länger eine Wertedis-kussion, das eindeutige Bekenntnis der Verbände zu einer bäuerlich-ökolo-gischen Struktur und eine stärkere Transparenz innerhalb des Ökoland-baus. So schwierig wie es sei, innerhalb der Szene von Bio gegen Bio in be-stimmten Ausprägungen zu reden, so nötig sei es auch, so die Argumentation von Thomas Dosch. Er, der immer schon als Kritiker einer größeren Annä-herung von Bioland und Naturland galt, sieht es als problematisch an, dass Naturland bislang versucht habe, Schwierigkeiten auszusitzen, und Bio-land zu wenig Druck gemacht hat, da-ran etwas zu ändern. Zwar gibt es in-zwischen eine Ankündigung Natur-lands binnen fünf Jahren die industriellen Strukturen in der Geflügelhaltung umzubauen. Eine Aussage, sich von den Protagonisten, die mit diesen Strukturen verbunden sind, zu trennen, gibt es aber nicht. Nicht nur Dosch hält aber genau das für die entscheidende Weichenstellung zu wirklichen Ände-rungen. Wann, wenn nicht jetzt: „Die gesellschaftliche Stimmung für Verän-derungen war im nachdenklichen Teil der Bevölkerung lange nicht so gut,“ endet taz-Schreiber Kriener und betont das „kritische Bauchgefühl“ der „neuen, selbstbewusster agierenden Agrarbewegung.“ „Es ist eine Grenze überschritten“, sagt Hühnerhalterin Endraß, „wir sind nicht länger bereit, das auszulöffeln, was die Großen uns einbrocken.“ cs

Naturland baut um

Das Tiemann-Naturland-Geflügelreich muss sich neu aufstellen

Noch vor wenigen Wochen gab man sich im Naturlandpräsidium offensiv. Die ersten Geflügelkandale waren bereits öffentlich geworden, doch aus Gräufelung war zu vernehmen, dass, wenn man 100 Prozent Bio wolle, man auf große Strukturen nicht verzichten könne. Betrachtet man sich den Naturlandverband und hierin wiederum den Bereich der Legehennen, dann muss man schlussfolgern, dass mit den großen Strukturen, das von Herrn Tiemann entwickelte und aufgebaute Netzwerk von Legehennenställen, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern gemeint sein muss. Noch im vergangenen Herbst hatte der Verband versucht, offensiv mit der Betriebsstruktur umzugehen. Bis zu sieben Herden à 3.000 Hennen an einem Standort. 21.000 Tiere in einem Gebäude. Daneben aber kein Land. Kooperationsverträge mit Landwirten aus der Region, aber durchaus auch mal 300 km entfernt. Jeder Standort ein Einzelunternehmen und doch irgendwie alle mit der Person Tiemann verbunden. Regelmäßig kontrolliert und zertifiziert. Neben Naturland Ställen gibt es auch solche auf EU-Biostandard und konventionelle Freilandställe. Je nachdem wie lange die Ausnahmegenehmigung lief, konnten die Ställe so Eier auf dem höchstmöglichen Niveau produzieren, danach produziert der Stall Eier auf dem nächst tieferen Niveau.

Viele bäuerliche Legehennenhalter bei Naturland betreiben ihre Ställe eigenverantwortlich und besitzen sie auch selbst. Ganz anders als in der Vertragslandwirtschaft wo man den Stall

spielt zu haben und sein Unternehmen auf Gewinnmaximierung zu trimmen und auch die desaströs aussehende Herde, die im Fernsehen zu sehen war, stand offenbar in einem zu dem Firmenkomples gehörenden Stall. Diesem wurde im Übrigen auch die Lizenz entzogen. Für jedes weitere Unternehmensteil müsste Naturland konkrete Regelverstöße nachweisen. Einen einseitigen Rauswurf kann es nicht geben, weil man in der Vergangenheit gemeinsam dieses System entwickelte. Tiemann kann sich zurecht auf verbindliche Zusagen berufen, auf deren Grundlage er seine Investitionen geplant hat. Aber auch der Versuch des Naturlandpräsidiums, jetzt einen Umbau des Unternehmenskomplexes hin zu bäuerlichen Strukturen innerhalb der kommenden fünf Jahre zu organisieren, scheint wenig realistisch: „Die Ankündigung von Naturland, agrarindustrielle Bio-geflügelbetriebe innerhalb von fünf Jahren auf bäuerliche Landwirtschaft umzustellen, ist nach Auffassung der Interessengemeinschaft bäuerliche Geflügelhaltung nicht durchzuführen und dient lediglich als Deckmantel. Durch die kaum zu durch-

schauenden Gesellschafter- und Beteiligungsstrukturen wird Naturland keine Zugriffsmöglichkeiten auf diese Betriebe haben. Einzig und allein eine sofortige und konsequente Kündigung dieser agrarindustriell organisierten Bio-Betriebe und die Verweigerung der Naturland-Zertifizierung kann das bislang zu recht positive Image von Verbands-Biobetrieben und das damit verbundene Ver-



eines anderen, z.B. Tiemann, auf dem eigenen Grundstück betreiben darf und bei Zukauf und Abnahme von diesem und seinen Vorgaben direkt abhängig ist. Deshalb ist der Unmut auf verschiedenen Ebenen innerhalb des Verbands gut nachzuvollziehen. „Schmeißt Tiemann doch endlich raus!“ ist einer der direktesten Forderungen an das Präsidium.

Selbst wenn dieses es wollte, dürfte eine Trennung ohne das Einverständnis von Tiemann nicht so ganz einfach möglich sein. Man kann dem Unternehmer vorwerfen, nicht immer mit offenen Karten ge-

brauchervertrauen sichern“ kommentiert die Interessengemeinschaft bäuerliche Geflügelhaltung.

Biologische Lebensmittel entstehen in einem komplexen Zusammenspiel von ökologischen Anbauverfahren, sozialen Beschäftigungs- und Handelsbeziehungen. Sie genießen einen hohen Vertrauensvorsprung seitens der Verbraucher. 100 Prozent Bio um jeden Preis lässt sich hiermit nicht vereinigen. Die Differenzierung im Biobereich hat längst begonnen, das Ergebnis ist noch offen. Bei Naturland ist sie derzeit nur besonders deutlich zu sehen. *mn*

Kurzes am Rande

Ausgeliefert: Futtermais mit Schimmelpilz

In Niedersachsen waren im März zeitweise mehr als 900 Milchviehbetriebe gesperrt. Ursache war ein, durch das Schimmelpilzgift Aflatoxin B1, verseuchtes Mischfutter. Der entscheidende Bestandteil geht zurück auf eine Lieferung von 45.000 Tonnen Futtermais aus Serbien, die mit Höchstwerten von 0,2 mg/kg Mais den Grenzwert von 0,02 mg/kg Futtermittel weit überstieg. 10.000 Tonnen davon waren bei 13 Futtermittelherstellern zu Mischfutter verarbeitet und an mehr als 3.500 landwirtschaftliche Betriebe hauptsächlich in Niedersachsen abgegeben worden. Aflatoxin gilt als stark krebserregend und findet sich in der Rohmilch zu großen Teilen wieder, wenn die Milchkühe belastetes Futter aufnehmen. Die Kontamination wurde durch einen positiven Aflatoxinbefund in einer Hofmilchprobe entdeckt und zurückverfolgt. Die AbL forderte die volle Haftung der Futtermittelfirmen für die auf den Höfen entstandenen Verluste. Auch geklärt werden müsse, ob Importeur Toepfer International von der Schimmelbelastung gewußt und trotzdem - im Gegensatz zu anderen Händlern - bewußt nicht gehandelt habe. *cw*

Antibiotika-Putenfleisch verarbeitet

Das nordrhein-westfälische Verbraucherschutzministerium meldete Mitte März, dass bereits im vergangenen Sommer 2012 etwa 19,5 Tonnen rumänisches Putenfleisch nach NRW geliefert wurde, welches den zulässigen Grenzwert für Antibiotika erheblich überschritten hatte. Für das Reserve-Antibiotikum Enrofloxacin gilt in der EU eine Rückstandshöchstmenge von 100 Mikrogramm pro Kilogramm Fleisch ($\mu\text{g}/\text{kg}$). Gefunden wurden in zwei Eigenkontrollproben jedoch Gehalte von 1832 $\mu\text{g}/\text{kg}$ und 2771 $\mu\text{g}/\text{kg}$. Die rohe, tiefgefrorene Putenbrust wurde in NRW zu küchenfertigen Produkten in Großpackungen weiterverarbeitet. Diese Ware gelangte in mehrere Bundesländer, nach Österreich und Großbritannien. Aufgefallen war die Belastung durch Eigenproben des Verarbeiters und eines Kunden. Der hohe Einsatz von Antibiotika in der Tiermast steht in der Kritik, die Verbreitung von multiresistenten Krankheitskeimen zu fördern. *cw*

Auch verarbeitete Eier kennzeichnen

Pünktlich zu Ostern hat der Bundestag auf Antrag der rot-grünen Bundesländer beschlossen, dass sich die Bundesregierung für eine EU-weite Kennzeichnung verarbeiteter Eier einsetzen soll. Gleichzeitig lehnten die Regierungsfractionen einen gleichlautenden Antrag im Bundestag ab. Die Initiative zielt darauf ab, analog zur Kennzeichnung von Schaleneiern, die Haltungsform der Hühner, aus der die verwendeten Eier stammen, auch auf die Verpackung von Verarbeitungsprodukten wie Kekse oder auf die Verpackung gefärbter Eier zu drucken. Während Vertreter der Regierungskoalition den Vorstoß mit der Argumentation der Wettbewerbsverzerrung ablehnten, begrüßt der Bundesverband Deutsches Ei (BDE) das Bundesratsvotum. Die deutsche Eierwirtschaft befürwortete eine EU-weit geltende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, die Eier oder Eiprodukte enthalten. „Der Verbraucher soll auf den ersten Blick erkennen können, aus welchem Land und aus welcher Haltungsform die weiter verarbeiteten Eier stammen - wie bei Schaleneiern“, erklärte der BDE-Vorsitzende und Vizepräsident des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG), Bernd Diekmann. Man habe im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern frühzeitig auf alternative Haltungsformen zur verbotenen Käfighaltung umgestellt und wolle dies dem Verbraucher, der dies wünsche, auch mitteilen, so die Argumentation der Verbandsvertreter. *cs*

Kritik an deutschem Sozialdumping

Die belgische Regierung hat sich bei der EU-Kommission über Sozialdumping in Schlacht- und Verarbeitungsstätten der deutschen Fleischbranche beschwert. Wie schon vor Monaten die französische Regierung, kritisieren nun auch der belgische Wirtschaftsminister und die belgische Arbeitsministerin die Beschäftigung vor allem osteuropäischer Arbeiter zu „Stundenlöhnen, die nur ein Bruchteil der belgischen Entlohnung ausmachen.“ Mehrere belgische Firmen hätten nun schon mit einer Verlagerung ihrer Aktivitäten nach Deutschland begonnen, so die Minister. Sie fordern ein Ende der unlauteren und unwürdigen Zustände und die Einführung eines Mindestlohnes, wie es ihn in anderen europäischen Ländern gebe. Unterstützung finden sie auch bei europäischen Gewerkschaftsverbänden. *cs*

2013 – Deutschland fast gentechnikfrei

Am 13. März erschien in der Frankfurter Rundschau ein Artikel, in dem Uwe Schrader, Top-Lobbyist der Agrogentechnik in der Hochburg Sachsen-Anhalt, zitiert wurde mit zwei bemerkenswerten Aussagen. Zum einen kündigte er an, dass es im Land wohl keine Genversuchsfelder in diesem Jahr geben wird (wahrscheinlich meinte er die Anbausaison, denn für Herbst ist ein Winterweizenfeld angekündigt). Zum anderen benannte er die Feldbefreiungen als Hauptgrund – und sprach mit Bezug auf die spektakulären Zerstörungen, vor allem der beiden hochgesicherten Hauptzentren im Juli 2011 von einem „Genickbruch“. Weder an möglichen Freisetzungsorten (Äcker der vergangenen Jahre) noch im Internet deutet etwas darauf hin, dass Felder geplant werden. Sicher ist das noch nicht, aber es nähert sich die Erfolgsmeldung (die natürlich nicht von Dauer sein muss), aber erstmal ist erreicht, was nötig wäre auf dem Weg zur Gentechnikfreiheit: Die Auskreuzungsquellen sind – zumindest hierzulande – gestoppt! Genaue Angaben zur Lage an Standorten und bei Versuchsanmeldungen unter www.gentechweg.de.vu. Einziger Wermutstropfen ist der jetzt angelaufene Freisetzungversuch eines gentechnisch veränderten bakteriellen Lebendimpfstoffes an Pferden im mecklenburg-vorpommerschen Lewitz-Gestüts in Grabow. *Jörg Bergstedt*

Aktiv werden: Stop the Crop

In den letzten 15 Jahren wurden nur zwei gentechnisch veränderte (GV) Pflanzen zum Anbau in Europa zugelassen. Grund dafür ist die breite gesellschaftliche Ablehnung dieser Risikotechnologie, die sich u.a. darin widerspiegelt, dass der Markt Produkte ablehnt, die als GVO gekennzeichnet sind. Allerdings sind derzeit rund 25 GV-Pflanzen in der Pipeline kurz vor der Zulassung. Viele dieser GV-Pflanzen haben mehrere Eigenschaften auf einmal, so sind Herbizidresistenzen (sogar mehrere) mit unterschiedlichen Insektengiften (Bt-Kulturen) kombiniert worden – ohne dass sie einer adäquaten Risikoprüfung unterzogen wurden. Sechs von diesen GV-Pflanzen können jederzeit zugelassen werden, es bedarf nur noch der Zustimmung der zuständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten. Dieses Verfahren ist sehr intransparent, beispielsweise erfährt man erst 3 Tage vorher, wenn dieser Abstimmungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Um in diesem Fall schnell und breit zu informieren und aktiv werden zu können, haben sich verschiedene europäische Organisationen zusammengeschlossen und eine gemeinsame Homepage erstellt: www.stopthecrop.org. *av*

Brasilien liefert mehr gentechnikfreies Soja

2013 wird deutlich mehr gentechnikfreies Soja verfügbar sein als 2012, so berichtet das Zertifizierungsunternehmen CERT ID. Nach Schätzungen wird alleine dieses Unternehmen 5,9 Mio Tonnen Soja aus Brasilien als < 0,1 % GVO zertifizieren. 2012 wurden aufgrund der Trockenheit in Brasilien 4,3 Mio Tonnen zertifiziert. In Brasilien stammen 20 bis 25 % der Sojabohnen von nicht gentechnisch veränderten Pflanzen, in China und Indien werden 100 % gentechnikfrei angebaut. Neben CERT ID gibt es noch eine Reihe weiterer Zertifizierungsunternehmen. Die Menge des verfügbaren gentechnikfreien Sojas dürfte also noch weit höher liegen – es liegt an den Bauern und Lebensmittelherstellern, diese nachzufragen. Nicht alle gentechnikfrei angebaute Soja kommt auch als zertifizierte NON-GMO-Ware auf den Markt. Da gentechnikfreie Ware in einem zertifizierbaren IP-System teurer ist, durchläuft nur die nachgefragte Menge – plus Aufschlag – den Zertifizierungsprozess. Der Rest wird teilweise mit GV-Soja vermischt und als „gentechnisch verändert“ verkauft. Ein Ankurbeln der Nachfrage nach NON-GMO-Ware führt entsprechend zu mehr gentechnikfreier Soja-Erzeugung. *av*



Wem gehört dieser Sack Gerste?

Teuer und totalitär

Auswirkungen des Saatgut-Patentsystems in den USA

Durch die Einführung von gentechnisch veränderten (gv) Pflanzen hat sich die amerikanische Landwirtschaft fundamental gewandelt, einschließlich sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen. Patente sind der zentrale Mechanismus, um die Kontrolle über genetisches Material zu gewinnen. Biotechnologie-Unternehmen können durch Einfügen eines einzigen Gens umfangreiche Rechte an gv-Pflanzen geltend machen. Die Einführung der Gentechnik hat die Erteilung von Saatgut-Patenten beschleunigt und ist zum Schlüssel der Kontrolle von Saatgut und genetischem Material geworden. Zu diesen zentralen Aussagen kommt die aktuell vom Centre for Food Safety veröffentlichte Studie: Seed Giants vs. US Farmers.

Saatgut Monopole

Dort wird weiter ausgeführt, dass die drei Hauptnutzpflanzen in Amerika heute fest in Hand der Gentechnik sind. 2012 waren 93 % der in den USA angebauten Soja gentechnisch verändert. 94 % der Baumwolle und 88 % des angebauten Mais sind GV-Sorten. Diese Marktdominanz von GV-Saatgut und die damit verbundenen Patente, sind eine wesentliche Grundlage für die massenweise Ausforschung der Bauern und Klagen gegen Patentverletzungen (s. die Broschüre Monsanto gegen Bauern, ABL-Verlag). Mittlerweile kontrollieren die vier größten Saatgut-Konzerne (Monsanto, DuPont/Pioneer Hi-Bred, Syngenta und Dow AgroSciences) 80 % des US-Mais und 70 % des US-Sojas. Monsanto hat sich in weniger als 10 Jahren zum weltweit größten Saatgut-Unternehmen entwickelt und hat inzwischen einen Anteil von 27 % des weltweiten Saatgutmarktes (mit und ohne

GVO). Monsanto ist Vorreiter bei Mais, Soja, Baumwolle und Gemüse-Saatgut. Nummer zwei ist der US-Konzern Du Pont. Beide zusammen haben einen Marktanteil von 44 %!

Neben dem Aufkauf von Saatgutfirmen gehen die Konzerne Kooperationen mit anderen Saatgut-Unternehmen ein und vereinbaren Lizenzabkommen untereinander, wenn sie Material von Kooperationspartnern verwenden. Auf diese Weise tragen mehr als 80 % der Maisernte und mehr als 90 % der Sojabohnen in den USA Monsanto-Patente.

Eskalierende Preise für GV-Saatgut

Die US-Saatgutpreise von Mais, Soja und Baumwolle sind seit Einführung der Gentechnik dramatisch gestiegen. Zwischen 1995 und 2011 erhöhten sich die durchschnittlichen Kosten von Soja- und Mais-saatgut um 325 % bzw. 259 % pro acre (1 acre sind 4047m²), das zeigen Zahlen des US-Landwirtschaftsministeriums. In diesem Zeitraum ist die Anbaufläche von GV-Mais und Soja von weniger als 20 % auf mehr als 80 - 90 % gestiegen. Laut der Studie Seed Giants vs. US Farmers unterstützen Ökonomen des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums USDA die These, dass durch die Konzentration der Saatgut-Branche weniger in die Forschung investiert wird, als wenn mehr Saatgutunternehmen am Markt wären. Es kämen weniger neue Saatgutsorten auf den Markt und das Saatgutangebot für Landwirte reduziert sich.

Zudem ist es für Landwirte zunehmend schwieriger, gentechnikfreies Saatgut zu kaufen. Die Kataloge der Saatgut-Unternehmen sind gefüllt mit den neuesten und teuersten GV-Sorten, die oft mehrere Merkmale enthalten. Im Gegenzug werden konventionelle Saatgutlinien ausgelistet und das Angebot von GV-Saatgut mit bspw. nur einer Eigenschaft stark reduziert. Zum Teil bieten Saatgutunternehmen gar keine gentechnikfreien Sorten mehr an. Viele Bauern haben keinen Bedarf an Mais mit drei GV-Eigenschaften. Sie kaufen ihn trotzdem, weil keine ertragreichen, neuen Sorten ohne diese Eigenschaft mehr auf den Markt gebracht werden. Derzeit führt Monsanto „SmartStax“ ein, ein GV-Mais, der gegen mehrere Herbizide und mehrere Schädlinge resistent ist. Je mehr Eigenschaften auf einer Pflanze „gestapelt“ sind, umso teurer wird das Saatgut und Bauern können dann nicht mehr wählen, welche Eigenschaften sie ausbringen – müssen aber für alle Eigenschaften zahlen.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

Foto: Dreiucker/Pixelio

Leserbrief:

„Was schief läuft“

Auch wenn ich mich immer freue, wenn Sie kommt, aber nüchtern betrachtet ist es eine Gießkannenprämie, die entweder zum Verpächter oder zum Verbraucher durchläuft. Wirklichen Vorteil haben nur die großen Ackerbaubetriebe mit wenig Personal. Als Pauschalförderung macht sie unsere Kollegen Intensivtierhalter beim Futtermittelimport und beim Fleischexport konkurrenzfähig, aber wer sich noch ein Gefühl für fairen Welthandel bewahrt hat, der weiß, dass da was schief läuft. Natürlich kann man sie nicht schlagartig abschaffen, da sie in viele Verträge einberechnet ist, deswegen schlage ich vor, sie in kleinen Schritten von 10 % pro Jahr abzubauen. Ich schlage auch vor, alle 3 Jahre eine Pause einzulegen, um die Auswirkungen im Außenhandel zu überprüfen.

Prinzipiell gut, auch wenn der Aufwand groß ist. Stichprobenmäßig sollte man auch die Tierhalter kontrollieren, die ganz wenig oder gar keine Medikamente verwenden. Entweder er ist ein Vorbildbetrieb, dann kann man noch was lernen von ihm, oder er hat was zu verbergen. Vielen Dank an Onno Poppinga für seinen Artikel. Auf unserem Betrieb stecken wir seit vielen Jahren aus. 10 bis 15 Latten pro Hektar, einen alten Plastiksack (möglichst krasse Farbe) darauf, macht ca. 10 bis 15 Minuten Arbeit pro Hektar und hilft fast perfekt. In Zahlen: 10 ha Wiesen, alle in Waldnähe, 2 oder 3 tot gemähte Kitze in 24 Jahren.

Walter Hollmann, Affing



Bald hat Spargel wieder Saison.

Foto: Thomas Stephan/BLE

Mindestlohn für Saisonarbeiter?

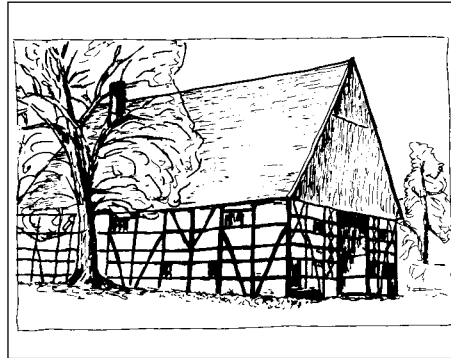
Gewerkschaften streiten für mehr Geld

Löhne und Gehälter der 120.000 abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft sollen ab März 2013 um 3,7% und ab Juli 2014 um weitere 2,8% steigen. Hinzu kommt laut Tarifvertrag zwischen Arbeitgeberverbänden und IG Bauern-Agrar-Umwelt eine Einmalzahlung von 230 Euro. Schrittweise soll für die unterste Lohnhöhe und Saisonarbeiter bis 2017 schrittweise ein bundeswei-

ter Mindestlohn von 8,50 Euro erreicht werden. Der Westfälisch-Lippische Arbeitgeberverband erwartet bereits zur Saison 2014 eine Lohnuntergrenze durch den Gesetzgeber und warnte vor Kontrollen des Hauptzollamts für den Fall, dass man Spargelstecher über angebliche „Werkverträge“ niedriger entlohne. pm

Unter Vegetariern

Als Peter zur Grundschule ging, war die Welt bei uns auf dem Hof noch in Ordnung. Wir aßen Fleisch. Zu unserem Selbstversorgerleben gehörte nicht nur der Gemüsegarten, sondern auch das halbjährliche Schlachten und Wursten eines Schweins. Morgens vor dem Schlachten wollte Peter unbedingt den schönen halben Schweinekopf bewundern und anfassen. Nach der Schule konnte er es nicht abwarten, von der Leberwurst zu essen.



... aus Westfalen

Peter war der erste auf dem Hof, der sich für Fleischherzeugung interessierte. Als er zehn war, kaufte er von seinem Ersparten eine Brutmaschine und begann, Hähnchen zu mästen. Richtig schöne, langsam wachsende, saftige Bio-Hähnchen. Fleisch. Sonntags belegte Peter seine sechs Frühstücksbrötchen mit Mett.

Ich glaube, Peter war sieb-

zehn, als er verkündete, er wolle kein Fleisch mehr essen. Den Ausschlag hatte kein Skandal gegeben. Es war der Punk. Peter hatte vor einiger Zeit begonnen, sich für Punk-Musik zu begeistern. Hardcore-Punk. Irgendwann kaufte sich einen E-Bass und gründete eine Band, die sich bei uns im Keller traf. In demselben Keller, in dem wir jahrelang Schweinehälften zu Wurst gemacht hatten, brüllte Peter nun seine selbstgeschriebenen Texte gegen das Töten von Tieren, gegen Verlogenheit, Enge und Verbitterung. Sein jüngerer Bruder Carl hämmerte dazu auf dem Schlagzeug. „Take The Risk“ hieß die Band. Die beiden interessierte nicht nur die Hardcore-Punkmusik, sondern auch die Bewegung, die dahinterstand. „Straight Edge“. Kein Alkohol, kein Fleischkonsum, keine Drogen. Die beiden haben diesen Verzicht bis heute durchgehalten, und sie haben damit andere angesteckt.

Inzwischen haben Peter und Carl das Nest verlassen und müssen zusehen, wie sie sich in der großen weiten Welt fleischlos ernähren. Meine vierzehnjährige Tochter aber legt noch einen drauf. Marie ist überzeugte Veganerin. Und das schon seit einem Jahr. Die Köche der Waldorfschule mussten sich ganz schön was einfallen lassen: Fleisch durch Käse ersetzen ging nicht mehr. Zu Hause kocht und backt Marie jedes Wochenende, auch für ihre Eltern. Ohne Milchprodukte und Eier. Sie hat Kochbücher. Erst war ich skeptisch, doch inzwischen habe ich mich an Maries vegane Eintöpfe, Gemüsepflanzen und Aufstriche gewöhnt. Auch der vegane Schokoladenkuchen ist mittlerweile genießbar. Am liebsten aber esse ich Waffeln ohne Milch und Ei. Tatsache. Manchmal frage ich mich, warum wir überhaupt noch Hühner halten. Wer um Himmels Willen braucht Eier und wozu?

Ich glaube, dass Eier und Fleisch ein ziemlicher Luxus sind. Ein Luxus, den wir für selbstverständlich halten. Mein Leben unter Vegetariern hat mir das klar gemacht. Zugegeben: Ab und zu esse ich gerne ein schönes Steak und lege auch mal gerne eine Scheibe Mettwurst aufs Brot. Und ich liebe Currywurst. Doch mein Verständnis für die vegetarische Einstellung meiner Kinder ist enorm gewachsen. In puncto gesunder Ernährung, so finde ich, haben sie mir vielleicht sogar etwas voraus.

Peter, der vegetarische Vordenker der Familie, studiert inzwischen im Ausland. Es ist ziemlich einfach, ihm eine Freude zu machen, denn er ist immer noch ein begeisterter Esser. Wenn wir ihn besuchen, wünscht er sich immer dasselbe: Jede Menge Tofu-Wurst aus Deutschland.

„Die Menschen begreifen, was Vielfalt kostet“

Einstieg in die Solidarische Landwirtschaft auf dem Gemeinschaftshof Pente

Es sind keine Einzelfälle, mittlerweile ist die Solidarische Landwirtschaft eine Bewegung. Familie Hartkemeyer und der Hof Pente bei Bramsche in Niedersachsen sind ein Teil davon. Angefangen hat es im Jahr 2010 mit der Frage „Was wird mit dem Hof?“. Gestellt haben sie Tobias Hartkemeyer und



Mitbegründer: v.l.: Lukas Dreyer, Julia Hartkemeyer, Johanna Fellner und Tobias Hartkemeyer.

seine Frau Julia, die beide Landwirtschaft studiert haben und mit vielfältigen Erfahrungen den Familienbetrieb übernehmen und neu beleben wollten. Jetzt ist der Hof ein Gemeinschaftsprojekt: Nach dem Konzept der Solidarischen Landwirtschaft (englisch Community Supported Agriculture (CSA)) hat sich die bewirtschaftende Hofgemeinschaft mit einer Gruppe privater Haushalte zusammengeschlossen. Die Lebensmittel und alles, was notwendig ist, um diese zu erzeugen und zu verarbeiten, werden von den TeilnehmerInnen auf Grundlage von geschätzten Jahreskosten durch festgesetzte Monatsbeiträge vorfinanziert. Statt Verkaufsmöglichkeiten für die Produkte suchen zu müssen, werden diese von den Mitgliedern der Gruppe direkt abgenommen. Die Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte werden geteilt. Bundesweit wirtschaften über 30 Höfe und Gruppen individuell angepasst nach diesem Konzept und haben sich zum Netzwerk Solidarische Landwirtschaft zusammengeschlossen, um sich gegenseitig zu beraten und Neugründungen zu unterstützen.

Neue Wege

„Landwirtschaft, in der jeder für sich alleine wirtschaftet, in Arbeit fast untergeht und dann noch die Produkte aufwendig an den Mann oder die Frau bringen muss – das kann es nicht sein!“

waren sich Julia und Tobias Hartkemeyer sicher. Sie sehen in der CSA auch die pädagogische Chance, dass Menschen durch den direkten und verbindlichen Bezug zum Hof wieder ein grundlegendes Bewusstsein für ihren Einkauf und die Herkunft der Produkte entwickeln: „Die Menschen begreifen so, was die Vielfalt auf einem Hof, der vielfältige Produkte hervorbringt, kostet und wert ist“. Nach einer Zeit der Gespräche mit Familie, Mitbegründer Lukas Dreyer, Nachbarn, Freunden und erfahrenen Menschen von „alteingesessenen“ CSA Höfen stand der Entschluss fest - und von da an ging alles sehr schnell: „Ein paar Tage später hatte ich die Webseite im Netz, und direkt am nächsten Tag kam die erste Anfrage“, schmunzelt Tobias Hartkemeyer, „eine Woche später haben wir den ersten von einer Reihe von Infotagen veranstaltet zu dem 130 Leute gekommen sind, von denen wir fast keinen kannten. Am Ende des Tages hatten wir von 30 Menschen die Zusage „Ich mach‘ mit“ und 80 haben ihr Interesse bekundet“.

Wertvolle Erfahrungen

In dieser Zeit waren für Hartkemeyers die Erfahrungen bestehender CSA Höfe, wie dem Buschberghof und dem Gärtnerhof Entrup, eine besonders wichtige Unterstützung bei Fragen zur Organisation und für die Weitervermittlung der Idee. Im Frühjahr 2011 startete die neue CSA „von null auf hundert“, um 50 Menschen mit etwa 60 verschiedenen Gemüsesorten, Salat, Kräutern, Eiern, Honig, Fleisch und verschiedenen Brotsorten zu versorgen. Ökologisch und

speziell biologisch-dynamisch zu wirtschaften ist Hartkemeyers dabei eine Herzensangelegenheit, „die Bedeutung der Zertifizierung tritt im direkten Kontakt zwischen Hof und Menschen aber in den Hintergrund“. Inzwischen sind 250 Leute beteiligt. So viele Menschen kann der Betrieb in der jetzigen Form ernähren. Auf Hof Pente hat sich herausgestellt, dass der notwendige Monatsbeitrag bei etwa 110 Euro pro Erwachsenen liegt. Für Kinder wird die Hälfte veranschlagt „und wenn wir eine genauere Vorstellung von einem realistischen Richtwert haben, soll es den TeilnehmerInnen möglich sein, nach Selbsteinschätzung abweichende Gebote abzugeben“, so Tobias Hartkemeyer, der sich freut, dass das CSA Konzept dazu anregt, anders zu denken: „Sonst ist die erste Frage bei Lebensmitteln „was ist der Preis und wie viel bekomme ich dafür?“ Jetzt stellen wir einmal im Jahr die anfallenden Kosten dar und alle machen sich Gedanken, wie diese und die Produkte aufgeteilt werden können“.

Die passende Form

Doch wie lässt sich so ein Konzept rechtlich und im Alltag organisieren? Grundsätzlich ist das bei jedem CSA Betrieb den Gegebenheiten entsprechend anders geregelt. Der landwirtschaftliche Betrieb Hof Pente ist eine GbR und verkauft alle Erzeugnisse an die Wirtschaftsgemeinschaft, die wie ein Hofladen als Einzelhandel geführt wird und somit auch außerhalb vom Hof weiterverarbeitete Produkte, wie Fleisch und Brot, handeln kann. Die CSA Mitglieder sind wiederum die einzigen „Kunden“ dieser Wirtschaftsgemeinschaft. Freitags ist Abholtag, die „Rushhour“ des Hofes. Im Abholraum versorgt sich jedeR selbst, manche haben Fahrgemeinschaften gebildet und bringen sich abwechselnd ihre Anteile mit. Mittwochs

kommt per E-Mail ein Überblick in die Haushalte, was gerade an Produkten vorhanden ist. Am Freitag selbst werden besondere Hinweise auf einer Tafel vermerkt, manchmal gibt es Beispieltüten zur Mengenorientierung. Da immer mehr Menschen immer weniger Gemüsesorten kennen und wissen, wie man sie zubereiten kann, hat es sich auf Hof Pente bewährt, ab und zu Kostproben für den Abholtag zuzubereiten.

Gemeinschaft als Aufgabe

Die alltäglichen landwirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben werden von der Hofgemeinschaft, mittlerweile bestehend aus drei Generationen der Familie Hartkemeyer, einer weiteren Familie, zwei Landwirtschafts- und Gärtnergesellen, drei Lehrlingen und Praktikanten bewältigt. Für die CSA TeilnehmerInnen haben sich mehrere regelmäßige Anlässe für die Planung, den inhaltlichen Austausch und den Kontakt mit Hof, Arbeit und Menschen entwickelt: Jeden Monat findet ein Freundeskreistreffen der Mitglieder und ein Mitmachtag statt. Außerdem werden monatliche „Nachrichten vom Hof“ per E-Mail verschickt. Jeweils im Mai, kurz vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres, steht ein Termin für die Jahreshauptversammlung an. Gemeinsam wird das Budget geplant und ein Richtwert für den Mitgliedsbeitrag des nächsten Jahres festgelegt. „Das ist die Hauptschwierigkeit: es ist nicht abschätzbar, wie viel Arbeit vor allem auch das Soziale macht“, räumt Julia Hartkemeyer ein. Missen möchte aber weder sie noch ihr Mann das kraftvolle Potential, das sich in einer Gemeinschaft mit so vielen Menschen entfaltet. Beide sind überzeugt „der Impuls für ein anderes Verständnis von Lebensmitteln und Wirtschaftskreisläufen muss und kann von der Landwirtschaft selbst kommen“.

cw



Hof Pente: Freiland Schweine neben Gemüseflächen.

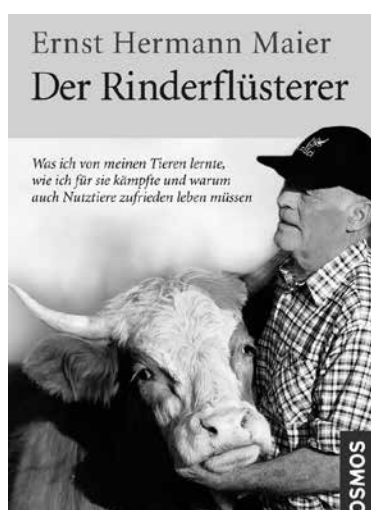
Fotos: Hartkemeyer

Abenteuer Bürokratie

In dem Buch „Der Rinderflüsterer“ erzählt ein Bauer eine spannende und lehrreiche Geschichte, von seinem Leben, seiner Kindheit, seinen Tieren, dem Dorf in dem er lebt. Und von seinen Werten, die er konsequent zu Ende denkt und genauso konsequent leben will. Die Botschaft ist so klar und einfach, wie die Sprache, in der sie erzählt ist. Es geht um Mut und Aufrichtigkeit und darum, wie anstrengend und mitunter leidvoll es ist, gesellschaftlichen Strukturen Widerstand zu leisten, die den eigenen Wertvorstellungen entgegenstehen. Ernst Hermann Maier möchte seine Rinder artgerecht halten. Das bedeutet für ihn, bedingungslos aus der Sicht der Tiere zu schauen, was sie brauchen, um zufrieden und in Würde leben zu können. Zu einem Leben in Würde gehört auch ein würdevolles Sterben. Stress, Angst und Schmerz beim gewaltsamen Einfangen, Transportieren und Schlachten passen da nicht ins Konzept. Die geeignetste Methode des Tötens seiner halbwild Rinder sieht Maier im Schießen der Tiere auf der Weide. Hierzu braucht er eine Schießeraubnis. Der Kampf mit den Behörden um diese Schießeraubnis dauert schließlich 13 Jahre und treibt die absonderlichsten Blüten. Unbeugsam hält Maier an seiner Idee einer bedingungslos artgerechten Tierhaltung fest, er riskiert dafür Haus und Hof und auch die eigene Gesundheit. Doch das Kämpfen

lohnt, Maier bekommt schließlich die ersehnte Schießeraubnis und schaut heute auf sein einzigartiges Lebenswerk: sehr frei, ursprünglich und würdevoll lebende Nutztiere, die dem Menschen freundlich und voller Vertrauen begegnen, da sie durch ihn kein Leid erfahren. Ein spannendes Buch, das angesichts seiner Kompromisslosigkeit nachdenklich macht und dazu ermutigt, selbst mutiger und aufrichtiger durchs Leben zu gehen. *aj*

Der Rinderflüsterer, Ernst Hermann Maier, ISBN: 978-3-440-11281-6, Franck-Kosmos Verlag; 208 Seiten, 19,95 Euro; zu beziehen über den AbL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Landgrabbing

Ein höchst informativ-aufrüttelndes und spannend geschriebenes Buch über die Aneignung von Land durch „Scheichs vom Golf, chinesische Staatskonzerne, Spekulanten von der Wallstreet, russische Oligarchen, indische Mikrochip-Milliardäre, Weltuntergangsfatalisten, Missionare aus dem Mittelwesten und Hedgefonds-Manager aus der Londoner City“. Der Journalist Fred Pearce war an den Brennpunkten Afrikas, Asiens und Südamerikas vor Ort und schafft ein differenziert und anschauliches Bild des Landgrabblings. Ein Buch, das man unbedingt lesen muss. *en*

Fred Pearce, Land Grabbing, Der globale Kampf um Grund und Boden, 398 Seiten, Verlag Antje Kunstmann, München, 2012; 22,95 Euro

Einen Grünen New Deal

Fordern Michael Müller und Kai Niebert in ihrem 268 Seiten starken Plädoyer Epochenwechsel. Die Autoren beschreiben die wirtschaftlichen und ökologischen Krisen unserer Zeit und sehen die Menschheit vor dem Scheideweg Niedergang oder Nachhaltigkeit. Das Buch beschreibt systemkritisch die Hintergründe, die zu den gegenwärtigen Krisen geführt haben und zeigt Alternativen auf. Die Gegenwartsanalyse, wenn man sie denn als solche bezeichnen mag, erfolgt in einem unstrukturierten Rundumschlag und bleibt somit zwangsläufig oberflächlich. Für den ökologisch-politisch interessierten Leser bietet das Buch wenig Neues. Ja, die Rohstoffe werden knapp und ja, es könnte Energie gespart werden, wenn statt der Stand-by Funktion die Geräte wirklich ausgeschaltet würden. Zwar gibt das Buch dem Leser nette Tipps an die Hand, wie er praktisch zum Grünen New Deal beitragen kann, auf die dringendsten Fragen geht das Buch jedoch mit keiner Silbe ein. *aj*

Müller und Niebert; Epochenwechsel; 279 Seiten, oekom verlag München, 2009; ISBN-13: 978-3-86581-175-2; 19,90 Euro; zu beziehen über den AbL-Verlag



Mosaik des Grünlands

„Pferdeweide – Weidelandschaft“ gibt dem Leser keine einfachen Rezepte an die Hand. Die Autorin R. Vanselow verfolgt vielmehr den Anspruch, vorhandenes Wissen wie in einem Mosaik neu zu kombinieren und so Zusammenhänge zur Beantwortung konkreter Fragestellungen herzustellen. Sie spannt einen weiten Bogen von der Pferdegesundheit als Indikator der Grünlandbewirtschaftung über die Wechselwirkungen zwischen Boden – Pflanze – Weidetier bis hin zu Fragen der gezielten Beeinflussbarkeit von Grünland. Empfehlungen zu Saatgutmischungen und eine Gräserfibel mit Beschreibung wichtiger Zeigerpflanzen bilden den Abschluss. Dem erfahrenen Bauern mögen die im Buch vorgestellten Grundlagen bekannt sein. Dennoch sorgen die Kombination dieses Wissens und ein gelegentlicher Blick über den Tellerrand hinaus auch bei vorgebildeten Lesern für so manch einen „Aha-Effekt“. „Pferdeweide - Weidelandschaft“ zeichnet sich durch hohe Wissenschaftlichkeit aus und ist dennoch angenehm zu lesen und auch für den Laien verständlich geschrieben. Obwohl sich das Buch vordergründig auf extensive Pferdeweiden bezieht, enthält es darüber hinaus zu anderen Bewirtschaftungsformen und Tierarten eine Fülle an Informationen. *aj*

„Pferdeweide - Weidelandschaft“, Renate U. Vanselow, ISBN-3 89432-912-2, Westarp Wissenschaften; 238 Seiten, 25 Farbtafeln Gräser, 27,95 Euro; zu beziehen über den AbL-Verlag

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS Mai ist der 15. April 2013**

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

• **Krainer Steinschafe** aus Melkbetrieb, umgänglich, handmelkgewöhnt, für eigene Milch und Milchprodukte zu verkaufen. Lämmer, Jährlinge, Mütter. ☎ 05844-9769056, Wendland

Sonstiges

• **FERIENHAUS** in SW-Frankreich. In alter Dorfstruktur mit großem Garten und alter Werkstatt, inmitten der Wein-Felder der Cognac. Atlantik-Sandstrände in 90 km. Am Pilgerweg nach Compostella, 05021/4186 www.ARRAMIS.de

Hof und Arbeit

• **Der Siebengiebelhof (Demeter)** in M.-V. sucht Nachfolger: Am Fuß der Ruhner Berge, 150 km von Hamburg und Berlin entfernt, bewirtschaften wir 80 ha, 4 ha Wald, 25 Kühe, Käseerei, Bäckerei, Kulturcafe und freuen uns auf ein neues Team. ☎ 038729-22535, www.siebengiebelhof.de

• **Pächter oder Käufer** für Biolandbetrieb im Westerwald gesucht. 30 ha Grünland, 30 ha Acker. Ab Ende 2014. ☎ 0170-8833477

• **Biete Ausbildungsplatz** zum Landwirt in Bayern ab 01. August 2013 auf einem Gemischtbetrieb mit Milchvieh. Mit Familienanschluss, Wohnmöglichkeit kann gestellt werden. Familie Lehmeier, ☎ 0171-5549405

„Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen große Schatten!“ (Karl-Friedrich Osenberg, langjähriger Bundesvorsitzender der AbL, auf der AbL-Jahrestagung 1982 in Oer-Erkenschwick)

Lieber Karl-Friedrich, der AbL-Bundesvorstand und die AbL-Bundesgeschäftsführung wünschen Dir alles Liebe und Gute zum 60. Geburtstag und weiterhin kreative und schöne Jahre! i.A. Georg Janßen

Betriebshelfer gesucht ?

Betriebshilfe
im ökologischen Landbau

Pascal Gerbaulet
staatl. gepr. Agrarbetriebswirt

Telefon: 0360-9353651-4
www.bio-betriebshilfe.de

EITL | Freund & Partner
Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrart@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Raising Resistance

08.04.2013, 20 Uhr, Nienburg
Dokumentarfilmvorführung über den Kampf der Campesinos in Paraguay gegen den sich immer aggressiver ausbreitenden Soja-Anbau und damit gegen den Verlust ihrer Lebensgrundlagen. Nienburger Kulturwerk, Mindener Landstraße 20, Nienburg, Eintritt: 5 €

Hof mit Zukunft

- ohne eigene Hofnachfolger
- auch ohne Eltern mit Hof

16.04.2013, 9:30-16:30 Uhr, Hohebuch
Referenten: Veronika Grossenbacher, Angelika Sigel und Bernd Meyer zu Berstenhorst.
Kosten 35,- €, ☎ 07942-107-74, A.Scherer@hohebuch.de Evang. Bauernwerk in Württ. e.V. Hohebuch 16, 74638 Waldenburg

AbL Mitgliederversammlung Regionalgruppe Erding-Ebersberg

15.04.2013, 20 Uhr M. Schwaben
Vortrag von Sepp Braun: Fruchtbarer Boden. Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen!
Gasthaus Schweigerbräu, Ebersberger Straße 25, 85570 Markt Schwaben

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.blobaumversand.de

GÖLLE zu GOLD mit GÖLLE-PLUS

- Gülle+Mist zu 100% Bio-Dünger
- Natürliches Wirkprinzip
- Schneller + besser verwertbar
- Abbau von Schadstoffen
- Ausbringung ständig möglich
- Unschädlich für jedes Leben
- Gegen Bodenerosion
- Besseres Pflanzenwachstum
- Gesünderes Stallklima
- Gesündere Tiere + Menschen

Information und Beratung
Gülle Plus 035428/389794
oder ballini@gmx.de



Zukunftweisendes Qualitätsfleischprogramm sucht engagierte

Sauenhalter

Aufgrund guter Vermarktungsmöglichkeiten suchen wir weitere Ferkelieferanten. Bevorzugt im 100 km Umkreis um Bad Reichenhagen

NEULAND steht für:

- ☑ tiergerechte Haltung
- ☑ Einsatz einheimischer Futtermittel
- ☑ feste Lieferverträge

Information:
NEULAND GmbH Bad Reichenhagen
Telefon 05821-977410
Ansprechpartner:
Katharina Hincke, Karsten Pleuß
www.NEULAND-Fleisch.de

Termine

AbL Mensch Macht Milch

04.04.2013, 18 Uhr
Vernissage der Fotoausstellung, Verkostung von Milchprodukten. Krimibibliothek, Am Wall 201, Bremen

09.04.2013, 20 Uhr
Gentechnikfreie Region Bremen - auch in der Tierfütterung? Borgfelder Landhaus, Warfer Landstraße 73, Bremen

15.04.2013, 20 Uhr
Mein Vater und das liebe Vieh - Milchbauern zwischen Tradition und Globalisierung Hofcafe Hermann Gartelsmann, Oberblockland, Bremen

AbL Gentechnik in der Landwirtschaft - Verbraucher im Dunkeln

22.04.2013, 20 Uhr, 82386 Oberhausen
Referent: Wolfgang Koehler, Leiter des gentechnikreferats im Bundesverbraucherministerium Gasthaus Strobl, Dorfstraße 6,

Via Campesina Protesttag

17.04.2013

Community supported agriculture – solidarische Landwirtschaft

11.05.2013 von 10-17, Bramsche
Seminar zur Gründung eines Gemeinschaftshofprojektes. Dabei geben wir gerne unsere Erfahrungen aus der Praxis weiter. CSA Hof Pente, Osnabrücker Str. 73, 49565 Bramsche www.hofpente.de
Anmeldung: csa@hofpente.de
☎ 05407 8984517, Preis: 65,- € Ermäßigt: 40,- €, inkl. Mittagessen

Bienen halten in der Schwarmzeit

17.05.2013, Lauda
Bienenhaltung einfach, ökologisch, wesensgemäß. Referenten: Thomas Radetzki und Norbert Peoplau. Viele Themen werden direkt am Bienenvolk behandelt. Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Hohenloher Straße 8, 97922 Lauda; ☎ 09343-589190 Email: info@lhvhs.de

jAbL Tagung

31.05.-02.06.2013, Otterndorf, weitere Infos in der Maiausgabe

Bauernkonferenz anlässlich der Agrarministerkonferenz in Berchtesgaden

AbL Agrarpolitik für eine bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft

Am 10. April 2013 um 20:00 Uhr

Auf dem Podium:
Romuald Schaber-BDM, Erwin Schöpges-EMB, Edith Lirsch-AbL, Walter Haefeker-europ. Berufsimkerverband, BBV-angefragt
Moderation: Gabi Toepsch-Redakteurin BR

Zu diesem Abend sind alle Bäuerinnen, Bauern, Verbraucher und alle Interessierten eingeladen, denn bei Agrarpolitik geht es nicht nur um Geld, sondern auch um Menschen, Tiere, den Boden als unsere Lebensgrundlage und nicht zuletzt um gesunde Lebensmittel.

Veranstaltungsort: Bräustüberl, Bräuhausstraße 13, 83471 Berchtesgaden
weitere Informationen: ☎ 08681/9839



Grüner und gerechter? EU-Agrarreform und heimische Landwirtschaft



Tagung 11.-12.04.2013 zur Reform der EU Agrarpolitik

- Öffentliche Mittel für Naturschutz und artgerechte Tierhaltung
- Die internationale verantwortung der europäischen Agrarpolitik - der blinde Fleck der EU-Agrarreform?
- Wirtschaft, Arbeit & Soziales - Politisch lenken, was der Markt nicht steuern kann
- Landwirtschaft gestalten - Handlungsoptionen für die Zivilgesellschaft

Evangelische Tagungsstätte Hofgeismar, Gesundbrunnen 8, 34369 Hofgeismar
☎ 05671-881122
Weitere Informationen, Unkostenbeitrag usw.: www.AgrarBündnis.de, Anmeldung unbedingt erforderlich!

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachtentnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Blettingheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



Vorankündigung

Einladung zu einer außerordentlichen AbL-Bundesversammlung



Sonntag, den 5. Mai 2013
10.30 - 18.00 Uhr
in Kassel - Wilhelmshöhe
 Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261
 (500 Meter vom ICE - Bahnhof Kassel - Wilhelmshöhe)

Der AbL - Bundesvorstand lädt hiermit alle AbL-Mitglieder sowie interessierte Gäste herzlich ein, an der außerordentlichen AbL-Bundesversammlung teilzunehmen. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Das Thema:

EU-Agrarreform im Endspurt - Umsetzung in Deutschland für eine bäuerliche Landwirtschaft
 Informationen und Diskussion über den aktuellen Stand der EU-Agrarreform, Positionen innerhalb der AbL, Beschlüsse zum weiteren Vorgehen.

Alle AbL-Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung. Der Tagungsbeitrag beträgt 25,-Euro (inkl. Essen, Getränke).

Wir bitten um eine schriftliche Anmeldung bis zum 24. April 2013:
 AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/W
 Fax: 02381 - 492221 oder per Mail: info@abl-ev.de

Georg Janßen und Ulrich Jasper
 i.A. AbL - Bundesvorstand



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Biensstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroode@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding - Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;
 Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Biensstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
 Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 97,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 132,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 42,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 67,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Endlich erwachsen

So richtig erwachsen zu werden, ist für viele Bauern ja schwerer als für die Normalbevölkerung. Ist ja auch schwierig, sich von seinen Eltern abzugrenzen, wenn man sie ständig vor der Nase hat. Solange die Alten auf dem Hof mitarbeiten, ist man in deren Bewusstsein ohnehin immer nur der kleine Junge und bestenfalls mithelfendes Familienmitglied, und manch einer wartet ja noch mit sechzig darauf, dass die greisen Eltern ihm endlich den Hof überschreiben. Ich bin jetzt fünfundvierzig Jahre alt, seit fast zweiundzwanzig Jahren verheiratet, und die Liebste und ich haben fünf Kinder, von denen die Älteste in diesem Jahr zwanzig wird. Trotzdem habe ich erst seit wenigen Wochen das Gefühl, nun endlich erwachsen zu sein. Meine Eltern haben noch lange auf dem Hof mitgearbeitet, als sie schon auf dem Altenteil waren. Für ihre Hilfe war ich immer sehr dankbar. Das Altenteil unseres Hofes ist zweitausendsiebenhundert Meter vom Hof entfernt, und ich finde, das ist eine ideale Entfernung zwischen den Generationen. Wir sind dicht beieinander, aber wir gehen uns nicht zu sehr auf die Nerven. Wenn meine Eltern zum Arbeiten kamen, dann taten sie dies mit ihrem Rentnerauto, einem A-Klasse Mercedes mit Automatik.

Das ist jetzt vorbei. Mudder und Vadder sind jetzt beide achtundsiebzig Jahre alt. Vadder zog sich vor drei Jahren zurück, weil die Gesundheit nicht mehr mitspielte. Danach kam Mudder noch fast täglich morgens vorbei, um mit mir gemeinsam zu melken. Wir beide haben diese Zeit sehr genossen. Wir haben uns ein ganzes Stück aneinander ran gemolken, in diesen unzähligen Morgenstunden, bei Kaffee mit Milch, Schnackerei und Neckerei im Melkstand, und ich hatte eigentlich noch nie zuvor ein so gutes Verhältnis zu meiner Mutter. Trotzdem blieb ich doch irgendwie immer ihr kleiner Schietbütel, und es fiel mir äußerst schwer, die morgendliche Melkzeit gegen den Widerstand von Mudder von viertel vor sechs auf sieben Uhr zu verschieben. Oh, was gab das für ein Gezeter! „Wir melken seit vierhundert Jahren um viertel vor sechs, da kannst du

jetzt nicht einfach kommen und alles umschmeißen!“ Aber ich ging irgendwann einfach nicht mehr so früh raus, und Mudder konnte nicht mehr alleine melken. Also kam sie fortan unter Protest um kurz vor sieben, nicht ohne zumindest einmal täglich mein faules Lotterleben scharf zu kritisieren. Aber ich bin an hundertzwanzig Abenden im Jahr unterwegs und selten vor Mitternacht zuhause. Und ich bin Chef. Also galt fortan: Melken um sieben, wenn die Kinder und die Liebste schon aus dem Haus sind, auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit.

Wenn Birte und die Kinder am Wochenende dann morgens länger liegen bleiben konnten, habe ich das auch getan. Am Wochenende stand ich auf, wenn der A-Klasse Mercedes auf den Hof gerollt kam, um fünf bis

sieben Minuten später mit Mudder im Melkstand zu stehen. Wenn ich nicht aufstand, weil ich müde oder verkatert war und mich noch einmal umgedreht hatte, dann klopfte Mudder neun bis elf Minuten später ans Schlafzimmerfenster und bölkte von draußen: „Maddi! Was ist los! Bist du tot oder warum stehst du nicht auf?“ Und einmal hatte ich vergessen, die Haustür abzuschließen, da stand Mudder dreizehn Minuten später in Gummistiefeln und Melkerschürze vor meinem Bett. So will niemand aufgeweckt werden, so viel ist mal klar. Seit Sommer letzten Jahres kommt nun auch Mudder nicht mehr zum Melken. Sie würde liebend gerne; sie hatte nie etwas anderes als die Arbeit, aber es ging einfach nicht mehr. Ihre Melkerschürze hängt noch vor dem Melkstand, aber sie wird sie nicht mehr anziehen.

Und vor wenigen Wochen bin ich morgens seitdem zum ersten Mal länger liegen geblieben. Die Liebste und ich waren auf einer Silvesterfeier gewesen und erst um vier Uhr im Bett. Pünktlich um viertel vor sieben wachte ich auf, ging pinkeln, entschied, dass es gefühlt viel zu früh sei, und legte mich wieder hin. Als ich das nächste Mal aufwachte, war es zehn vor neun, und niemand hatte mich angebölkelt. Ich stand auf, ging mit den Hunden raus, fütterte die Pferde, kochte mir einen Kaffee und ging in den Melkstand. Um fünf vor halb zehn fing ich an zu melken. Selten zuvor hatte ich mich so erwachsen gefühlt.

Als ich gegen Mittag mit Melken und Füttern fertig war, rief ich bei meinen Eltern an, um ihnen ein gutes neues Jahr zu wünschen. Mudder fragte, was ich so mache, und ich sagte, dass ich gerade mit der Stallarbeit fertig sei. „Ja, so ist das“, sagte Mudder, „Weihnachten oder Neujahr, da geht die Melkmaschine kaputt!“ Und ich erwiderte, es sei nichts kaputt gewesen, ich hätte einfach nur etwas zu lange geschlafen. Mudder war entsetzt. Ich konnte durchs Telefon sehen, wie sie den Kopf schüttelte. So etwas Schlimmes hatte sie in vierhundert Jahren Melkerkarriere nicht erlebt. Ich musste lächeln. Keine Frage, ich war erwachsen. Trotzdem freute ich mich wie ein Kind, wie ein trotziges Kind. „Frohes neues Jahr, Mudder!“, sagte ich. „Jaja!“, antwortete sie. *Matthias Stührwoldt*



Endlich Groß!

Foto: Schievelbein

unabhängige bauernstimme: nicht nur für alte Hasen

04/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221